

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindencröße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindencröße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

sw

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Weihnachtszulagen für Beamte.

Ein sozialdemokratischer Antrag im Hauptauschuß angenommen. - Auch die Arbeiter der Reichsbehörden erhalten Weihnachtszulagen.

In der Freitagssitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt wurde zunächst über die Beamtenanträge verhandelt. Bei Beginn der Sitzung wurde noch der folgende Antrag von den vier Regierungsparteien eingebracht: Im Nachtrag zum Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung für 1926 die erforderlichen Mittel für folgende Maßnahmen einzustellen:

Als einmalige Notmaßnahme wird noch vor Weihnachten gezahlt:

1. Den Beamten, Bartegeld- und Ruhegehaltsempfängern, Beamtenhinterbliebenen und Angestellten der Gruppen I bis IV eine Zuwendung in Höhe von einem Viertel des ihnen für Dezember 1926 zustehenden Monatsbezuges, den Beamten usw. der Gruppen V bis XIII eine solche in Höhe von einem Fünftel des Monatsbezuges, mindestens aber

a) den Bedienten 30 M.,
b) den Empfängern eines Frauenzuschlages 50 M. statt 30 M.,

c) den Empfängern von Kinderzuschlägen oder Kinderbeihilfen (auch gekürzten) für jedes Kind, für das für Dezember 1926 ein Kinderzuschlag oder eine Kinderbeihilfe zahlbar ist, außerdem je 5 M.,

d) den Vollwaisen insgesamt 10 M., höchstens jedoch

a) den Bedienten 60 M.,
b) den Empfängern eines Frauenzuschlages 80 M. statt 60 M.,
c) den Empfängern von Kinderzuschlägen oder Kinderbeihilfen (auch gekürzten) für jedes Kind, für das für Dezember 1926 ein Kinderzuschlag oder eine Kinderbeihilfe zahlbar ist, außerdem je 5 M.,
d) den Vollwaisen insgesamt 15 M.

2. den Kriegsschädigten und Kriegerhinterbliebenen ein Viertel der ihnen für Dezember 1926 zustehenden Beträge.

Zu diesem Antrag wurden zwei Amendements beantragt, das eine von den Deutschnationalen, statt Gruppe V bis XII zu sehen Gruppe V bis XIII. Da zweite Amendement Müller-Franken und Genossen wollte nicht die Gruppen V bis XII, sondern nur die Gruppen V bis VII. Außerdem hatten unsere Genossen die folgenden Anträge eingebracht:

Die einmalige Notstandsbeihilfe für die Reichsbeamten findet auch auf die Arbeiter des Reiches Anwendung. Den Altveteranen ist als einmalige Beihilfe eine Zulage zu ihren Monatsbezügen in demselben Ausmaße wie den Kriegsschädigten und Kriegerhinterbliebenen zu gewähren.

Nach einer sehr lebhaften Debatte wurde der Antrag der Regierungsparteien unter Ablehnung der beiden Abänderungsanträge in der eingebrachten Form angenommen. Annahmewort wurde auch der sozialdemokratische Antrag, der die einmalige Notstandsbeihilfe auch auf die Arbeiter ausdehnt, sowie derjenige, der auch den Altveteranen eine allgemeine Beihilfe zuspricht. Zur Begründung der sozialdemokratischen Anträge führten die Genossen Steinkopff und Bender aus, daß der Antrag der Regierungsparteien nur einen Tropfen auf den heißen Stein darstelle und daß der große Notstand der unteren Beamtengruppen nur durch eine Erhöhung der laufenden Bezüge gemildert werden könnte. Nur die bindende Zusage des Reichsfinanzministeriums, die der Reichsfinanzminister auch in dieser Sitzung wiederholte, daß bis spätestens Frühjahr 1927 die Revision der Beamteneinsatzordnung durchgeführt sein solle, veranlasse die sozialdemokratischen Mitglieder, sich im Augenblick mit einer einmaligen Unterstützung zufrieden zu geben, damit die Beamten sofort wenigstens etwas erhielten. Selbstverständlich müßte das, was den Beamten gewährt wird, aber auch den Arbeitern zuteil werden.

Pasitsch gestorben.

Ein Kapitel Balkangeschichte abgeschlossen.

Belgrad, 10. Dezember. (WZB.) Nicola Pasitsch erlitt nachts einen Herzkrampf und starb heute früh.

Wie so viele bedeutende Männer des Serbentums, war Nikolaus Pasitsch in seiner Jugend in die Schule der Revolution gegangen, und als Student des Züricher Polytechnikums sah er, ein Lieblingschüler des Meisters, zu Führern Bakunins, und mit Swetoser Marpowitsch, dem ersten Serben sozialistischer Gedanken unter den Serben, verband ihn enge Kameradschaft. Auch die neugegründete Radikale Partei, unter deren Führern Pasitsch früh hervorragte, war ursprünglich als Dolmetsch der Kleinbauernkreise sozialrevolutionär und agrar-sozialistisch und bekämpfte Krone, Kanzlei und Kasernen bis aufs Messer. Wegen des Aufstandes im Timok-Kreis verurteilte ein Kriegsgericht 1883 den allerdings rechtzeitig geflohenen Pasitsch zum Tode. Aber 1890 war er zum ersten Male Ministerpräsident, um freilich wieder 1899 noch fünf Jahre Zuchthaus zu erhalten, weil man die günstige Gelegenheit eines Attentats auf den Erzherzog Rudolf gegen die Feinde der Obrenowitsch auszunutzen wollte. Aber er, der elastischste aller Opportunisten, verständigte sich um den Preis seiner Begnadigung mit der Dynastie, um dann aufzutreten, als er im Jahre 1903 durch die Ermordung des Königs Parech gerettet wurde. Denn jetzt kamen die Radikalen zur Macht und Pasitschs große Zeit begann. In der inneren Politik überließ er die Zügel mehr und mehr seinem Parteifreunde Protitsch und ergriff selbst das Steuer der auswärtigen Politik.

Als er, der am 13. Dezember 1845 geboren, schon ein Mann war, wehte auf der Festung Belgrad noch die Fahne mit dem Halbmond, war Serbien noch ein türkischer Vasallenstaat. Befreiung und Einigung aller Serben war Pasitschs Ziel, auch nachdem das Fürstentum 1878 ganz unabhängig geworden und 1882 zum Königreich aufgerückt war. Seine revolutionäre Lösung ließ sich nur auf Kosten des Osmanen- und Habsburger Reiches durchführen; aber obwohl Pasitsch sich von vornherein an Rußland angelehnt hatte, gab er auch nach dem Balkankriege bis an die Schwelle des Weltkrieges den Gedanken eines Ausgleichs mit Oesterreich-Ungarn nicht preis. Als die Schiffe von Sarajewo fielen, war er Ministerpräsident, doch der Krieg mit der Donaumonarchie kam ihm sehr ungelegen, und daß der Weltkrieg mit der Entfesselung des Staates der Serben, Kroaten und Slowenen schloß, war ihm, der im Grunde immer Groß-Serbe geblieben war und auch in gewissen Stunden mit Bosnien und Herzogewina allein vorlieb genommen hätte, auch eine Ueberraschung. Damit war mit dem Jahre 1918 seine historische Aufgabe erfüllt. Was danach kam, war ein Rest, zu tragen peinlich. Der von einem ewigen Wächter munter erhaltene Greis klammerte sich fest an die Regierungsgewalt und wußte sich durch seine patriarchale Autorität unter den Radikalen auch immer wieder durchzusetzen, aber der Revolutionär von einst, längst auf Autorität und Ordnung eingeschworen, verstand die Zeit nicht mehr und war ein Hemmnis am Rad der Entwicklung. Eine neue Epoche in der Geschichte Südslawiens beginnt mit seinem Tode.

Von äußerlich sichtbaren glänzenden Führereigenschaften hatte Pasitsch nichts. Der nur lesten ein Buch zur Hand nahm, war ein mittelmäßiger Stilist und ein störender Redner. Auch im kleinen Kreise blieb er einfüßig und zugeknöpft, und wenn er die Lippen aufst, entschloß sich ihnen nur Bedeutungsloses. Über gerade die Schwermüdigkeit und Leidenschaftslosigkeit des an der bulgarischen Grenze in Sajetschar Geborenen, gab ihm in einem redeliebigen und leidenschaftlichen Bolke den großen Vorsprung. Wenn alle die Nerven verloren, behielt er die Ruhe, wenn alles ungestüm drängte, wappnete er sich mit Geduld, wenn alles über einen Fehlschlag oerzwieselte, erkannte er in der Zeit seinen besten Bundesgenossen. Die Tugenden einer rein orientalischen Diplomatie - Abwarten und Hinhalten -, die die älteren serbischen Staatsmänner den Türken abgucken hatten, waren es, die auch Pasitsch übte. Mit ihnen hat er es weit, bis zum „süd-slawischen Cavour“ gebracht und mit ihnen wie mit seiner sprichwörtlichen Schlaubeit suchte er noch bis zum letzten Tage die Steine auf dem politischen Schachbrett zu schieben. Der Einundachtzigjährige starb in den Sienen.

Schlufberatung in Genf.

Die Königsberger Festungswerke sind der Streitpunkt.

Genf, 10. Dezember. (WZB.) Die Vertreter der fünf Rheinpaßmächte, bei denen im Laufe der Nacht der angekündigte Bericht der Völkerverkonferenz eingegangen ist, sind heute vormittag 11,30 Uhr am Sitz der englischen Delegation zu einer zweiten gemeinsamen Besprechung zusammengetreten.

Die Besprechung gilt der durch den Bericht der Völkerverkonferenz geschaffenen Lage und dem von den Juristen ausgearbeiteten Bericht über die Abänderung des Nachforschungsbeschlusses des Völkerbundes, der zunächst von den Vertretern der Rheinpaßmächte genehmigt werden muß.

Paris, 10. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Tatsache, daß in der gestrigen Sitzung der Völkerverkonferenz noch keine Entscheidung getroffen wurde, hat in der hiesigen Presse nicht sehr überrascht. In hiesigen Kreisen glaubt man nicht, daß die Frage

Die Scholz-Krise.

Deutschnationale Offerte - volksparteilicher Kagenjammer

Herr Scholz hat wieder einmal den Krisenmacher gespielt. Er hat die „stille Koalition“ zerschlagen. Nun leugnen er und seine Fraktion jede Störungsabsicht, indem sie kühnlich behaupten: stille Koalition? Hat es nie gegeben!

Immerhin waren die Regierungsparteien heilfroh, als ihnen nach den Experimenten der Deutschnationalen mit der „grundständlichen Opposition“ bei der Erwerbslosenfürsorge die „stille Koalition“ die Arbeitsmöglichkeit und der Regierung die Existenzmöglichkeit gab. Herr Scholz hat Arbeitsmöglichkeit und Existenz der Regierung aus neue deutschnationale Boshheitsexperimenten ausgeliefert.

Die Deutschnationalen schöpfen wieder Hoffnung, nachdem ihnen Herr Scholz als rettender Engel erschienen ist. Sie bringen sich in Empfehlung. Man liest in der „Deutschen Tageszeitung“:

„Den Regierungsparteien ist nämlich durch die Vorgänge der letzten Wochen deutlich vor Augen geführt worden, auf welcher Seite die Leute sitzen, die zuverlässig mitzuarbeiten gewillt sind in der Lage sind.“

Mit den zuverlässigen Leuten meint sie die Deutschnationalen, die den Beweis ihrer Zuverlässigkeit bei der Erwerbslosenfürsorge geliefert haben. Vor dieser Zuverlässigkeit aber graut selbst der „Täglichen Rundschau“. Sehr kleinlaut schreibt sie, nachdem eben erst die Fraktion der Volkspartei den Scholzischen Vorstoß gutgeheißen hat:

„Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat sich erneut zur Politik der Mitte bekant, andererseits aber auch ihre Bereitschaft zu Koalitionsverhandlungen ausgesprochen. Ihre endgültige Stellungnahme wird natürlich von den Bedingungen abhängen, unter denen gegebenenfalls die Verhandlungen geführt werden. Die Deutschnationalen haben sich gestern mit der parlamentarischen Lage noch nicht befaßt. Es scheint aber leider klar zu sein, daß bei einer etwaigen schroffen Kampfansage der Sozialdemokraten gegen die Koalition und die Regierung auf die deutschnationale Reichstagsfraktion kein Verlaß ist.“

Herr Scholz hat für die Deutschnationalen gearbeitet, aber auf die Deutschnationalen ist kein Verlaß? Das hätte man sich in der Volkspartei vorher überlegen sollen, noch ehe man seine Bürgerblockfehnsüchte ausgesprochen hätte. Aber das Bekenntnis zum Bürgerblock war Herrn Scholz wichtiger als die Existenz der Regierung.

Nach den gestrigen Parteibeschlüssen.

Noch keine innerpolitischen Besprechungen.

Offiziös wird mitgeteilt, für das Reichskabinett und den Reichskanzler ständen die außenpolitischen Fragen und die Genfer Verhandlungen - zur Stunde tagen am Sitz der britischen Delegation die Vertreter Belgiens, Deutschlands, Englands, Frankreichs und Italiens zur Besprechung des Berichts der Völkerverkonferenz - im Vordergrund, so daß für heute und morgen Besprechungen mit den Parteiführern nicht ge-

plant seien. Wahrscheinlich werde das Reichskabinett nach der Rückkehr Stresemanns erst einmal eine Sitzung den außenpolitischen Fragen widmen und erst später sich mit der inneren Politik beschäftigen. Bei der dritten Lesung des Nachtragsetats in der kommenden Woche wird der Reichskanzler auf die innerpolitischen Fragen eingehen.

Die Helfer der Putschverbände.

Volksparteiler allen voran!

Zu Beginn der heutigen Landtagsitzung beantragten die Kommunisten die Beratung eines Antrages über den angeblichen Versuch der Hohenzollern, zur Behebung einer finanziellen Notlage Kunstgegenstände ins Ausland zu verkaufen. Die Beratung scheiterte am Widerstand der Rechten.

Dann wurde die Debatte über die Hausdurchungen und die verbotenen Vereine „Wiking“ und „Olympia“ fortgesetzt. Abg. Mehlenthin (D. Sp.) bedauerte, daß der Minister keine Entschuldigung gegenüber den unschuldig von der Hausdurchung betroffenen Personen nicht früher ausgesprochen hätte. Der Minister sei bestrebt, die Grenzlinie zwischen Kriminalpolizei und Gericht zu verschieben. Dagegen habe der Reichsjustizminister sich mit Recht zur Wehr gesetzt. Mit dem Erfolg der Reichswehr sei alles vollkommen in Ordnung, aus pazifistischen und internationalen Kreisen der Sozialdemokratie könne man ihn nicht nehmen. Der Aufmarschplan gegen Berlin sei lediglich eine Abwehraktion gegen den drohenden Vintspusch gewesen. Die Denkschrift Grzeszinski habe die Arbeit von Stresemann in Genf gefährdet. In Wahrheit seien in ganz Preußen nur drei Maschinen-gewehre und 55 Gewehre als Waffenlager versteckt. (Heiterkeit und Widerspruch links.)

Abg. Dr. Grzeszimek (Dem.) protestiert dagegen, daß die Volkspartei die alten Unterschiede zwischen vaterlandsliebend und international wieder aufstellen wolle.

Friedensverhandlungen in China.

Teilung Chinas in zwei Reiche?

London, 10. Dezember. (WZB.) Nach Zeitungsmeldungen aus Peking sind Friedensverhandlungen zwischen Vertretern Nord- und Südhinas eingeleitet worden. Letztere erklärten, die Regierung von Kanton wünsche im Besitz der Gegend am Yangtse zu bleiben und beabsichtige keinen Einfall in nordchinesisches Gebiet.

England verhandelt mit der Kantonregierung in Hankau.

London, 10. Dezember. (WZB.) Der britische Gesandte in China, Sampson, ist in Hankau eingetroffen. Zusammen mit dem japanischen Delegierten auf der Territorialitätskonferenz suchte er die lokalen Behörden auf. Anschließend fand eine nichtoffizielle Konferenz mit den Vertretern der Kantonregierung statt, an der der stellvertretende Außenminister Tschun und der Oberkommandierende der Kantontruppen teilnahmen.

Baut „Daily News“ ist es noch verfrüht, von der unmittelbar bevorstehenden Anerkennung der Kantonregierung zu sprechen. Eine Frage von so weitreichender Bedeutung könne nur vom Kabinett nach reiflicher Erwägung der noch ausstehenden Berichte des neuen Gesandten in China behandelt werden.

der Aufhebung der Militärkontrolle von diesem kleinen Zwischenfall ernstlich bedroht ist, die Blätter sind vielmehr überzeugt, daß in der neuen Sitzung der Botschafterkonferenz, die auf heute vormittag anberaumt ist, eine endgültige und günstige Entscheidung fallen wird. In den Blättern werden die Ursachen, die die Vertagung der gestrigen Sitzung der Botschafterkonferenz herbeiführten, ausführlich begründet. Einstimmig weist die Presse darauf hin, daß die Frage der Befestigungen von Königsberg in erster Linie die Konferenz veranlaßt hat, noch einmal bei den Regierungen nachzufragen, ob für den Fall, daß Stressemann beruhigende Erklärungen in diesem Punkte abgeben würde, sie ermächtigt werden könnte, Deutschland Genußung zu geben und die deutsche Abrüstung als endgültig zu erklären. Im „Matin“ wird ausgeführt, der deutsche General von Pawels habe lange vor der Botschafterkonferenz nachzuweisen versucht, daß die Königsberger Befestigungen nicht neu seien, und daß die Reichsregierung sich darauf beschränkt habe, alle bestehende Befestigungen zu unterhalten und auszubauen. Die juristischen Sachverständigen hätten diese Auffassung bestritten. Jedenfalls sei noch im Laufe der Nacht ein Bericht der Botschafterkonferenz an die Außenminister nach Genf abgegangen, und man zweifelt hier nicht daran, daß Stressemann in dem Punkte der Königsberger Befestigungen Briand oder Chamberlain beruhigende Erklärungen abgeben wird, und daß damit der Aufhebung der Kontrolle in aller kürzester Zeit nichts mehr im Wege steht.

Der Generalsekretär der Botschafterkonferenz ist gestern abend wieder von Paris nach Genf gefahren, um den Außenministern das Ergebnis der Botschafterberatungen zu übermitteln. Die letzten Meinungsverschiedenheiten über die deutsche Entwaffnung werden heute zwischen Stressemann und Briand besprochen. Können sie sich einigen, dann wird die Einigung offiziell durch den Beschluß der Botschafter herbeigeführt.

Friedenspreis für Stressemann und Briand.

Der vorjährige Chamberlain und Dawes verliehen.
Oslo, 10. Dezember. (W.T.B.) Das Nobel-Komitee hat in seiner gestrigen Sitzung den Nobel-Friedenspreis für das Jahr 1926 dem deutschen Außenminister Dr. Stressemann und dem französischen Außenminister Briand, den im Vorjahr zurückgestellten Preis für 1925 dem britischen Außenminister Sir Austen Chamberlain und dem amerikanischen Vizepräsidenten General Charles Dawes verliehen.

Reichsregierung für Rechtsverständigung? Erhöhung des Zuckergolles mit Unterfütterung der Deutschenationalen.

Besprechungen der Reichsregierung mit den Regierungsparteien und den Deutschenationalen haben zu einer Verständigung über die Erhöhung des Zuckergolles von 10 M. auf 15 M. pro Doppelzentner geführt. Auch diese Verständigung hat eine große politische Bedeutung. Es wiederholt sich die Rechtschwenkung, die bereits beim Schund- und Schmutzgesetz in die Erscheinung trat. Denn wie die „Postische Zeitung“ mitteilt, haben sich die Demokraten für die Beibehaltung des bisherigen Zollfußes von 10 M. ausgesprochen. Trotz dieser Unstimmigkeit innerhalb der Regierungskoalition hat man sich eine Mehrheit für die Zollerhöhung durch die Zustimmung der Deutschenationalen erkauft. Welchen Preis man ihnen dafür gezahlt hat, steht noch nicht fest, es ist aber anzunehmen, daß es die Zusage ist, die Branntweinsteuer statt um 150 M. nur um 100 M. pro Hektoliter zu erhöhen.

Für die Sozialdemokratie ist dieser Vorgang von Bedeutung. Die Reichsregierung hat die Sozialdemokratie nur von ihren Absichten unterrichtet, die Wünsche der Sozialdemokratie aber in keiner Weise berücksichtigt, ja nicht einmal eine Verständigung mit der Sozialdemokratie versucht. Wir nehmen an, daß der Reichskanzler Dr. Marx von dieser Sachlage nicht unterrichtet war. An der politischen Bedeutung des Falles aber wird nichts dadurch geändert, daß nur der Ernährungsminister Dr. Haslunde und der Reichs-

finanzminister Dr. Reinhold die Verantwortlichen dafür sind. Denn es unterliegt kaum einem Zweifel, daß in dieser Einzelhandlung sich die Tendenz zeigt, trotz der zugefügten vorherigen Verständigung mit der Sozialdemokratie die großen Probleme der Wirtschaftspolitik nach wie vor mit den Deutschenationalen zu lösen.

Auch ein Beweis dafür, daß die durch die sogenannte stille Koalition geschaffene Lage unhaltbar geworden war.

Geflügel gegen Heilmann. Eine Antwort an anderer Stelle.

Der Reichswehrminister fühlt die Notwendigkeit, auf die gestrige Rede des Genossen Heilmann zu antworten. Er wählt dafür den Weg zur Presse, der er versichern läßt, daß Heilmanns Angriffe unberechtigt seien. In seinem ersten Brief an Löbe habe Geflügel schon versichert, der von Heilmann erwähnte Brief eines Reichswehrkommandos, worin nach der völkischen Gesinnung von zur Einstellung empfohlenen Leuten gefragt worden sei, sei niemals geschrieben worden; Heilmann habe auch in seiner gestrigen Rede von diesem Brief nicht mehr gesprochen. Der Olympia-Oberst v. Lud habe in seinen Empfehlungsbriefen nicht von völkischer, sondern von „deutscher, nationaler“ Gesinnung der Empfohlenen gesprochen. Darin liege keinerlei Parteilichkeit, denn es nehme wohl jeder Deutsche für sich in Anspruch, deutsch und national zu sein.

Die Lächerlichkeit dieser Argumentation liegt auf der Hand; wenn ein Olympia-Oberst jemandes „nationale“ Gesinnung bekennt, so heißt das gar nichts anderes, als daß er den Betreffenden für würdig erachtet, in die „Olympia“ oder einen anderen dergleichen völkischen Verband aufgenommen zu werden. Unter diesen Umständen wird man die „Zurückweisung“ des Heilmannschen Vorwurfs durch Geflügel schon richtig zu würdigen wissen.

Wer begeht Landesverrat? Das Treiben der Kleinkalibrigen am Rhein.

Aus Württemberg wird uns geschrieben:
Die deutschnationale Reichstagsfraktion behauptet in einer Interpellation, württembergische und oberbadische Reichsbannergruppen hätten sich bei einem militärischen Geländespiel die Aufhebung der Reichswehr in Donaueschingen zur Aufgabe gesetzt. Die Behauptung ist zu dumm, um dementiert werden zu müssen. Ihr eigentlicher Zweck ist es augenscheinlich, die Aufmerksamkeit von dem Treiben der vaterländischen Kleinkaliberschützenverbände in Baden und Württemberg abzulenken, das sich nachgerade zu einem öffentlichen Skandal entwickelt. Die Hintermänner dieser Verbände sitzen im „Bund für Freiheit und Recht“, dessen Bedeutung aus der Karlsruher Denkschrift bekannt ist. Ihre Gehälter beziehen die Bezirksleiter der Kleinkaliberschützenvereine von einer gewissen Stelle, die für den „Bund für Freiheit und Recht“ wichtig ist und die in der Lage ist, den Verbänden Motorräder und Autos zur Verfügung zu stellen. Die Tätigkeit der Kleinkalibrigen erschöpft sich keineswegs in militärisch ausgelegenen Kleinkaliber- und Revolverschießereien, die übrigens wiederholt tragische Zwischenfälle herbeigeführt haben. Innerhalb der Verbände werden theoretische Kriegsbüchlein verfaßt und Pläne für einen Kleinkrieg ausgearbeitet, die zur Katastrophe führen müßten, wenn sie je in die Tat umgesetzt würden.

Ist es Landesverrat, von diesen Dingen zu sprechen? Dann müßten zunächst einmal die Drahtzieher der Bewegung in Berlin und einigen größeren Städten des Reichs zur Verantwortung gezogen werden. Es ist das eigene Geschick dieser Leute, dafür zu sorgen, daß ihre angeblich streng geheimen „nationalen“ Machenschaften an die große Glocke gehängt werden. Jeder dumme Junge in Baden und Württemberg, sofern er sich nur auf die nationalstische Phrasologie versteht, wird in die Geheimnisse eingeweiht. Diese Jünglinge haben natürlich nichts Eiligeres zu tun, als mit ihren Kenntnissen zu prahlen und die

Uebungspläne der phantastischen Kleinkriegsfreunde herumzuzeigen, so daß ganz Baden und Württemberg unterrichtet ist über die hinterbrannten Pläne der Kleinkalibrigen und ihrer Hintermänner im „Bund für Freiheit und Recht“ und an anderen Stellen. Das Ausland braucht sich gar nicht erst zu bemühen, die Führer der geheimen Heinkrieger selbst sorgen dafür, daß nichts unbekannt bleibt. Ihr eitles und aufgeblähtes Treiben, das praktischen militärischen Wert nach außen hin nicht hat, ist Landesverrat, wenn etwas Landesverrat ist, und sollte schleunigst unterdrückt werden.

„Exzellenz von Berg.“

Ein bedenklicher Geburtstagsglückwunsch.

Herr von Berg, der in diesen Tagen ungnädigst verabschiedete Sachwalter der Firma Wilhelm I. R. u. Co., wird 60 Jahre alt, und da widmet ihm Herr Dr. von Dryander, deutschnationales M. d. R., einen „Exzellenz von Berg“ überschriebenen Leitartikel in der „Kreuzzeitung“. Nicht uninteressant ist, was der bekante Hohenzollernverehrer zu erzählen weiß. Einmal bedauert er, daß Herr von Berg nicht schon 10 Jahre früher Chef des Zivilkabinetts von S. M. geworden ist. Ja, ist denn etwa unter der gottbegnadeten und geeigneten Monarchie zu Zeiten von Lucanus und Valentini alles verkehrt gemacht worden? Dann meint Dryander, Herr von Berg sei einer „von den ganz wenigen, die für Kaiser und Reich auch das Schicksal bestiegen haben würden“. Von den ganz wenigen? Nein, wenn Dryander wahr berichtet, war Herr von Berg der einzige, denn im November 1918 beispielsweise sahen die anderen restlos im Heidenteller. Und dann rühmt der Kritiker, daß Berg seinem Kaiser und König immer „das Beste, was ein treuer Diener bieten kann, gegeben habe: offene, unbedingte Wahrheit“. Sollte er deshalb abgehaltert sein? Man weiß doch, daß Wilhelm zu jenen Monarchen gehörte, die niemals die Wahrheit vertragen konnten. Des weiteren erfahren wir, daß dieser treue Bediente das „besondere Vertrauen der heimgegangenen Kaiserin und Königin“ genoß. Davon, daß er das Vertrauen der gegenwärtigen „Kaiserin und Königin“ Hermine besitzt, hören wir nichts. Und was die Auseinandersetzung betrifft, so befehrt uns Herr von Dryander dahin, daß es nur dem jetzt brüsk an die Luft gesetzten Herrn von Berg zu danken ist, wenn diese Frage in würdiger Form erledigt wurde.

Wie steht doch seit längerem wieder im Kopf der „Kreuzzeitung“? „Vorwärts mit Gott für König und Vaterland.“ Vielleicht täte sie gut, in Zukunft zu schreiben: „Vorwärts mit Gott für Herrn von Berg wider Wilhelm und Hermine.“

Preußen und das Schundgesetz. Die taktische Situation im Reichsrat.

Die „rote Fahne“ muß täglich neue Lügen erfinden, um über die Beziehungen der Reichswehr mit Sowjetrußland hinwegzuleiten zu können. Ihre letzte Lüge ist, die preussische Regierung gebürt zu den Schrittmachern des Schund- und Schundgesetzes, weil sie im Reichsrat nicht Einspruch erhoben habe.

Die preussische Regierung hätte bei einem Einspruch höchstens auf die Unterstützung von Sachsen und Hamburg rechnen können. Von den 26 preussischen Stimmen wären nur 16 für den Einspruch mitgegangen. Es hätte sich also nur eine Minderheit für den Einspruch ergeben.

Seit wann ist die Minderheit der Schrittmacher der Taten der Mehrheit?

Zwangspensionierung italienischer Richter. Siebzehn richterliche Beamte sind wegen ihrer politischen Haltung in den Ruhestand versetzt worden.

Eine Aktion zur Abschaffung der Pöhscha in allen Staaten herbeizuführen hat die österreichische Regierung beschlossen. Der österreichische Außenminister wird in aller nächster Zeit alle Staaten zu entsprechenden Verfassungen über diese Absicht auffordern.

„Kurpfuscherei.“

(Oberreichsanwalt a. D. Ebermeyer gegen die Kurierfreiheit.)

In einer Versammlung des Groß-Berliner Ärztebundes sprach der Oberreichsanwalt a. D. Dr. Ebermeyer über „Welche Pflichten und Rechtsmittel hat das Deutsche Reich und seine Bevölkerung, vor den schädlichen Folgen der Kurierfreiheiten zu schützen?“

Er ging davon aus, daß außer in Deutschland, England und den Schweizer Kantonen Glarus und Appenzell keine Kurierfreiheit, das heißt Ausübung der Heilkunde ohne staatliche Approbation, bestehe. Auch in Deutschland gab es bis zum Jahre 1869 ein Kurierverbot, das erst durch die Gewerbeordnung aufgehoben wurde, und zwar ging die Initiative von der Berliner Medizinischen Gesellschaft, insbesondere den Ärzten Dr. Löwe, Wiegand und Hanisch, aus. Sie gaben die sehr richtige Begründung, daß Verbote auf einem solchen Gebiet unwirksam seien, und daß für die Kurie keine Privilegien bestehen sollen. Ebermeyer definierte den Begriff der Kurpfuscherei dahin, daß darunter solche Anordnungen zu verstehen seien, die im Widerspruch zu den ärztlichen Anschauungen ständen. Als Vale, der er auch als Oberreichsanwalt a. D. ist, brauchte er nichts von den Änderungen in den Anschauungen der heutigen Schulmedizin zu wissen. Er rechnete deshalb auch zu der Kurpfuscherei die Biochemie, die Hypnose und die Psychotherapie.

Dann besprach Herr Ebermeyer die verschiedenen Vorschläge in den einzelnen Reformentwürfen des Strafrechtbuchs und untersuchte den § 238 des Entwurfes von 1925, nach dem Eingriffe zu Heilzwecken weder Körperverletzungen noch Mißhandlungen seien. Wohlwollend verschwiegen er dabei die Operation, die von dem behandelnden Arzt bei Beteiligung von Chirurgen einem reichen Patienten als notwendig eingeleitet wird. Wie widersinnig ein Kurierverbot ist, demonstrierte er selbst, indem er sagte, es müßten Ausnahmen geschaffen werden, und zwar unter dem Gesichtspunkt der Nothilfe, denn sonst könnte eine Mutter, die ihrem Kinde wegen Husten einen Hustenbonbon gibt, wegen Kurpfuscherei belangt werden. Also auch hier die gleichen Mängel wie bei dem Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Sein Verständnis für die Gedankengänge der breiten Massen dokumentierte er damit, daß er sagte, die Tatsache, daß ein Gesetz ungeheuer oft verletzt würde, wäre kein Beweis dafür, daß es nicht in dem Volksbewußtsein verankert sei. Er versieg sich zu der Behauptung, daß pro Tag Millionen von Diebstählen begangen würden, die doch auch nicht alle geahndet werden könnten, und führte diese Tatsache als Argument gegen die Aufhebung des § 218 an, denn, wenn diese Anschauungen eintreten würden, „so könnte man“, erklärte er, „wirklich, die Bude zumachen“. Unter den Argumenten gegen die Aufhebung der Kurierfreiheit versuchte er zu erwähnen, daß die Kurpfuscherei nur deshalb den großen Zuspruch haben, weil sie mehr mit der Seele des Volkes vertraut sind als ein großer Teil der standesrechtlichen Verträge.

Zum Schluß forderte er noch, daß ein Sondergesetz gegen die Kurpfuscherei im Einklang mit dem kommenden Strafrecht erlassen

werden müsse, in dem aber die Kurpfuscherei nicht als „Uebertretung“, da diese dann nicht mit Gefängnis bestraft werden könnte, geahndet werden dürfe, sondern als „Vergehen“, das wenigstens bis zu drei Monaten Gefängnis einbringen könne.

Aus den Ausführungen des Oberreichsanwaltes Ebermeyer ergibt sich wieder die Tatsache, daß man auch als herzoglicher Jurist beim besten Willen auf dem Gebiet der Medizin verlagen kann, und daß es raffam ist, bei solchen Exzursionen die äußerste Vorsicht walten zu lassen.
Dr. med. Robert Marx.

Der zweite Premierenabend des Russischen Balletts im Theater des Westens wiederholte und verstärkte den Eindruck des ersten. Die Pawlowa rief das Publikum hin und entsetzte stürmischen Beifall. Sie ist in ihrer Art ein Gipfel. Ein technisches Wunder und eine sehr starke tänzerische und vielleicht noch stärkere schauspielerische Natur. In einem Solo, das sie im ersten Ballett tanzte, und in dem Divertissement „Kondino“ wurde die spielerische Anmut, die Raffinesse und der lebenswürdige Charme des galanten Zeitalters wie durch einen Märchenzauber lebendig. Diese beiden Tänze allein lohnten den Besuch des Abends. Denn was sich sonst begab — in kindlich-litischen Rahmen — „Russisches Volksmärchen“ und „Schneeflocken“ ließen die beiden Ballette — wurden Künste geboten, die, soweit sie nur technische Brauwerkstücke sein wollten, besser in den Zirkus passen, und wo sie darüber hinausstreben, choreographisch und tänzerisch heutigem Kunstempfinden absolut ungenießbar sind. Wenn Kowikoff, der männliche Stern des Ensembles, auf der Bühne erscheint und eine Serie von Hochsprüngen, Pirouetten und Entrechats herunterwirbelt, so ist das nichts weiter als ein Prunk mit Kunstfertigkeiten, die vielleicht die Voraussetzung künstlerischer Gestaltung werden können, mit künstlerischem Schaffen selbst aber nichts zu tun haben. Und wenn in die lädi Fabel des „Russischen Volksmärchens“ Gruppen- und Einzeltänze eingeflochten werden, so bleibt das Ganze doch seinem Charakter nach eine Ausstattungspantomime, ein kunst- und kulturloses Zwittrerding, das von lebendigem rhythmischem Gefühl und tänzerischem Geist kaum einen Hauch verspüren läßt. Wir wollen uns die Grenzen, die solche Künste von wirklicher Tanzkunst scheiden, nicht verwischen lassen. Sie mit aller Deutlichkeit immer wieder zu betonen, ist eine Pflicht gegenüber dem großen Neuen, das heute auf unserer modernen Tanzbühne im Werden ist. J. S.

Der moderne Mensch und die antike Kunst. In der 20. Jahresversammlung des Vereins der Freunde des holländischen Gymnasiums sprach der bekante Archäologe Ludwig Curtius-Heidelberg über die Bedeutung der antiken Kunst für den modernen Menschen. Ausgehend von der Großtat des Schusterjohannes Winkelmann, der der Vater des neuen humanistischen Gedankens genannt wird, zeigte er, wie die in der antiken Kunst verwirklichte Einheit von Natur und Kultur, von Realität und Symbol, von Persönlichkeit und Welt die Ueberwindung der Problematis des modernen Lebens vor Augen stellt. Der Vortragende deutete die Beweglichkeit unserer Zeit als Erscheinungsform einer typisch westlichen Lebensperiode aus und kündete im Zusammenhang mit einer Neuordnung aller Lebensbeziehungen das Kommen neuer gültiger Werte an. Er forderte eine Auseinander-

setzung des modernen Lebensgefühls mit den großen Werten der Antik und rief die Dilettanten auf, sich den Zugang zu den Lebenskräften dieser Kunst nicht durch den gelehrten Apparat versperrt zu lassen. Der zweite Vorsitzende der Vereinigung sprach in einem Schlüsselwort den Wunsch aus, daß die Idee eines Weltparlamentes des Humanismus der Bewirklichung nicht mehr fern sein möge. rh.

Theater-Mikrophone für Schwerhörige. Für die Kurpfuschigen wird im Theater gesorgt, indem sie sich Operngläser leihen können. Auf die Schwerhörigen aber hat man bisher noch gar keine Rücksicht genommen. Diesem Mangel ist nun von der Verwaltung eines New Yorker Theaters abgeholfen worden. Hier sind besondere Mikrophone in den vorderen Reihen eingebaut, und diese Plätze werden für Schwerhörige reserviert. Der Erfolg dieser Maßnahmen soll sehr vielversprechend sein, denn man sah ein ganz neues Publikum im Theater und die Schwerhörigen wurden an den von ihnen bisher gemiedenen Genuß gewöhnt. Daraufhin hat sich jetzt auch ein Pariser Theater entschlossen, Mikrophone in den ersten Reihen des Parketts einzurichten und diese Plätze den Schwerhörigen zur Verfügung zu stellen.

7000 Waggons Fledermaussekretente. Im Bnin-Gebirge der siebenbürgischen Karpathen ist in einer Riesenhöhle ein sehr ergiebiges Guanolager gefunden worden. Durch vorgenommene Untersuchungen wurde nach der „Chemischen Industrie“ festgestellt, daß in der alpinen Höhle etwa 7000 Waggons Fledermaussekretente lagern, welche reich an Phosphor und Stickstoff sind. Der Transport dieses für Düngezwecke sehr gut geeigneten Stoffes zur nächsten Eisenbahnstation erfolgt mittels einer zu diesem Zweck besonders erbauten Drahtseilbahn.

Ein Sanatorium für tolle Hunde! Im indischen Parlament wurde ein Gesetzentwurf eingebracht, welcher es verbietet, tolle oder herrenlose Hunde zu töten. Das Parlament kam zu der Entscheidung, daß tolle Hunde wie wahnsinnige Menschen zu behandeln und in ein Sanatorium zu bringen seien. Eine Sekte der Hundefreunde hat bereits eine Summe von 100 000 Rupien aufgebracht, um in Vollzug des Parlamentsbeschlusses ein Hundesyl zu erbauen.

Von Friedrich Eberts Schriften, Aufzeichnungen, Reden, wird ein Neubruck notwendig. Der Verlag Karl Reichner, Dresden, R. 6, bittet daher alle, die im Besitze von Briefen und sonstigen Schriftstücken Eberts sind, diese im Original oder in Abschriften an ihn zu senden. Der Verlag sagt sofortige unentgeltliche Rückgabe zu. Es besteht die Absicht, die Neuauflage des Werkes um solche Stücke zu vermehren.

Ilka Durling und Eise Ebersberg spielen englisch. Die beiden Künstlerinnen haben für die nächste Reueinstudierung von Oscar Wildes „Lohn Bänderers Fächer“ im Rahmen der Vereinigung „Englisches Theater Deutscher Schauspieler“ ihre Mitwirkung zugesagt.

Wiedereröffnung des Renaissance-Theaters. Der Umbau des Renaissance-Theaters unter Leitung von Baumeister Oskar Raumann ist so weit vorgeschritten, daß die Wiedereröffnung Ende Dezember stattfinden kann.

Musik und Gedächtnis. In der staatlichen Hochschule für Musik, Charlottenburg, Palaststr. 1, werden am 14. abends 7 Uhr, Szenen aus Opernwerken von Gluck bis Wagner von der Kammergängerin Prof. Anna Bahz-Wildenburg dargestellt und gesungen.

Der Drang nach Orden.

Rüß lenkt auf Preußen ab.

Eine Aeußerung des Reichsministers Dr. Rüß auf dem Demokratischen Parteiausschuß mußte dahin verstanden werden, als ob der Preussische Ministerpräsident Braun Herrn Dr. Rüß zur Einbringung eines Gesetzentwurfes betr. Verleihung von Orden und Titeln „gedrängt“ habe. Das war eine der beliebtesten Ausreden, um sich Rückendeckung bei der Sozialdemokratie zu suchen.

Vor genau einem Jahr, um die Weihnachtszeit 1925, herrschte in Bayern besondere Feststimmung. Ueber die „bayerische Seele“ wurde eine Fülle von Titeln unerhörten Klanges ausgeschüttet. Gewerberat, Landesarbeiterrat, Sanitätsrat — es regnete nur so Räte. Die Reichsregierung aber tat nichts, um Bayern zu einer Achtung der Verfassung zu veranlassen. Preußen fragte darauf wiederholt das Reichsministerium des Innern an — das doch der berufene Schlichter der Verfassung sein soll —, ob es etwa Bayerns Vorgehen mit der Verfassung für vereinbar halte. Darauf ist niemals — weder von Herrn Schiele noch von Herrn Dr. Rüß — eine Antwort erteilt worden. Statt einer Antwort, die man wohl als zu unbehaglich empfand, stellte man vielmehr immer wieder an Preußen die ausweichende Frage, ob dieses gewillt sei, einer Aenderung der Reichsverfassung durch Einbringung eines Gesetzes zuzustimmen, das die Verleihung der Titel und Orden regeln sollte. Demgegenüber verwies Preußen immer wieder darauf, daß der Kernpunkt seiner Frage sei, ob das Reich das Vorgehen Bayerns für vereinbar mit der bestehenden Reichsverfassung halte.

In keinem Stadium des Schriftwechsels hat Preußen nur mit einem Wort auf eine Aenderung der Reichsverfassung „gedrängt“, vielmehr stets ihre Beachtung auch durch den süddeutschen Staat und ihren Schutz durch das Reich gefordert. Der Erfolg war gleich Null.

Das Reichsministerium, dank den preussischen Einwänden in schwere Verlegenheit versetzt, zog es nunmehr vor, die Taktik des Schweigens zu ergreifen, und erst, als von Preußen erneut eine Klarstellung der Sachlage gefordert wurde, entschloß man sich im Reichsministerium des Innern — im April dieses Jahres — an die Einbringung eines verfassungsändernden Gesetzes im Reichstag heranzutreten und das Kabinett mit dieser Frage zu beschäftigen. Ein halbes Jahr lang geschah nichts, und wenn im Oktober der preussische Ministerpräsident Braun sich nach dem Stand der Angelegenheit erkundigte, so gehörte schon hohle Phantasie dazu, daraus eine preussische Initiative auf Aenderung der Reichsverfassung abzuleiten.

Michaelis vor dem Untersuchungsausschuß.

Die päpstliche Friedensaktion von 1917.

Der Untersuchungsausschuß des Reichstages beschloß heute, am kommenden Dienstag die Vernehmung des Reichskanzlers a. D. Michaelis, gegen den bekanntlich der Abgeordnete Dr. Bredt wegen seines Verhaltens zur päpstlichen Friedensaktion schwere Vorwürfe erhoben hat, vorzunehmen. Außerdem sollen auch die noch lebenden Mitglieder des damaligen Siebenerausschusses, der die Antwortnote an den Papst zu redigieren hatte, vernommen werden. Es sind das die Abgeordneten Scheidemann, Stresemann, Westarp und Vizetanzler a. D. Bayer.

Mieterhöhungen in Sicht?

Sirtkieser prophezeit ab 1. Januar 1927 10 Prozent Mieterhöhung.

Müns (Rhd.), 10. Dezember. (Rhd.) Auf dem hiesigen Kreisparteitag der Zentrumspartei kündigte der preussische Bahlsfahrtsminister Dr. Sirtkieser eine zehnprozentige Mieterhöhung zum 1. Januar 1927 an, die zum Ausgleich der dann fälligen höheren Verzinsung der Hypotheken um 8 Proz. dienen soll. Der Minister betonte, daß die Friedensmiete von hundert vom hundert nicht länger beibehalten werden könne. Da die Mieten in Neubauwohnungen nicht höher gesetzt werden könnten, müßten die Mieten in den Altwohnungen erhöht werden, um beide Mietkategorie einander anzugleichen. Auch im Ausland seien die Vorkriegsmieten bedeutend überschritten worden. Diefelbe Entwicklung würde für Deutschland bei einer Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft, die nicht ewig aufrechterhalten werden könnte, ohnehin kommen.

Deutsch-italienischer Handelsvertrag.

Ein Ergänzungsabkommen.

In Rom wurde von dem deutschen Botschafter und Mussolini ein Ergänzungsabkommen zum deutsch-italienischen Handelsvertrag vom 31. Oktober 1925 unterzeichnet, das einige bisher unerledigte Fragen regelt.

Für Deutschland ist von besonderem Interesse das italienische Zugeständnis der sogenannten Comofaule, wonach auch diejenigen Waren, die nicht im italienischen Zolltarif aufgeführt sind, von einigen Ausnahmen abgesehen, zu den Vertragsfragen derjenigen Waren verzoollt werden, denen sie durch das Wort Como gleichgestellt sind. Ferner sind die italienischen Zollsätze für einige Waren, wie Elektrolampen, mechanisches Spielzeug und Harpapierpulpen karggestellt worden. Italien gegenüber ist deutscherseits anerkannt worden, daß Marzalawein, dessen Fakturreis mindestens einem Betrage von 1,80 M. für die Flasche entspricht, ebenso wie vor dem Kriege als hochwertig angesehen und infolgedessen nach der deutschen Weingehabung in der Regel ohne Untersuchung zur Einfuhr nach Deutschland zugelassen wird.

Finanz- und Weltwirtschaft.

Genfer Ratbeschlüsse.

Genf, 9. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In einer dreitägigen Sitzung genehmigte der Völkerbundsrat am Donnerstag nachmittag zunächst drei Berichte über die bulgarische und griechische Flüchtlingsfürsorge. Die bulgarische Flüchtlingsanleihe wurde bewilligt. Außerdem wurde beschlossen, zur Frage der internationalen strafrechtlichen Verfolgung von Gewalttätern einen Sachverständigenausschuß einzusetzen. Den Bericht über die

Danziger Anleihe

erstattete Banderwelle. Er empfahl Danzig und Polen, miteinander mehr persönlich statt in endlosem Schriftwechsel zu verkehren. Der Reichsaußenminister Stresemann unterstützte diese Empfehlung Banderwelles, jedoch nicht nur für die Stadt Danzig, sondern für den Verkehr zwischen allen Völkern. Stresemann erneuerte außerdem das Bekenntnis eines besonderen

Die bayerische Feme.

Die Thesen der Berichterstatter des Reichstagsausschusses.

Der Femeausschuß des Reichstages trat heute unter Vorsitz des Abg. Scheiter (3.) wieder zu einer Sitzung zusammen, um über die Ergebnisse der bisherigen Ausschuhverhandlungen über die Münchener Fälle Beschluß zu fassen. Der Vorsitzende teilt zunächst mit, daß ein sozialdemokratisches Ausschuhmitglied ausgeschieden sei, während die deutsch-nationale Fraktion ein Mitglied gewonnen habe. Wie der Vorsitzende weiter mitteilt, ist es nicht gelungen, den Zeugen Reunzert, dessen Aufenthalt unbekannt ist, vor den Ausschuh zu laden. Er sei bald im Auslande, bald auf seinen weltfälligen Gütern, jedenfalls sei er nicht zu fassen. Der Ausschuh werde also auf die Vernehmung Reunzerts verzichten müssen.

Der Vorsitzende stellt nach längerer Geschäftsordnungsdebatte die Frage, ob der Ausschuh vor Vernehmung von Reunzert und Dobner die bayerischen Fälle nicht als abgeschlossen betrachten will. Diese Frage wird von der Mehrheit bejaht.

Abg. Creutzburg (Komm.) regt an, zum Kapitel „Schwarze Reichswehr“ überzugehen. Er könne als Zeugen 84 Offiziere und Verbindungsleute zwischen Schwarzer Reichswehr und legaler Reichswehr mit genauer Adresse namhaft machen.

Zunächst wird die Frage erörtert, wie die Zeugen Reunzert und Dobner herangeschafft werden können. Vom Abg. Dr. Mittelmann (D. Rp.) und von anderen Rednern wird bezweifelt, daß bisher die behördlichen Organe den nötigen Eifer zur Ermittlung dieser Zeugen entwickelt hätten. Der Ausschuh dürfe es sich nicht gefallen lassen, daß wichtige Zeugen sich ihm einfach entziehen.

Abg. Dr. Lewi (Soz.)

äußert Zweifel daran, daß die Behörde von Dobners Heimatgemeinde Stambach in Oberfranken sich ernstlich um die Herbeischaffung des Dobner bemühen werde. Der Gemeinderat von Stambach habe auf ein dahingehendes Ersuchen mit einem recht eigenartigen Schreiben geantwortet, in dem gebeten wird, man möge in den Zeitungen veröffentlichen, daß Dobner die böhmische Staatsangehörigkeit besitze, damit die Gemeinde Stambach nicht in den schlechten Ruf kommt, daß „derartige Individuen, die ihr Vaterland verraten“, dort beheimatet sind.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird beschlossen, Dobner für nächsten Mittwoch zu laden und die Bemühungen zur Ermittlung des Aufenthalts des Reunzerts fortzusetzen und auch ihn nach Möglichkeit am Mittwoch vor den Ausschuh zu bringen.

Der Vorsitzende verliest hierauf die Thesen, in denen die Berichterstatter des Ausschusses

das bisherige Ergebnis der Untersuchung

der bayerischen Fälle zusammengefaßt haben.

Der Bericht des Berichterstatters Dr. Lewi (Soz.) lautet:

„Die Ermordung der am 6. Oktober 1926 tot aufgefundenen Maria Sandmeyer in München, der am 19. Oktober 1920 erfolgte mörderische Leberfall auf den ehemaligen Reichswehrsoldaten Dobner, endlich die am 4. März 1921 erfolgte Ermordung des Kellners Hans Hartung sind

auf eine einheitlich organisierte, mit der Wirtschaftsstelle der Landesleitung der bayerischen Einwohnerwehren verbundene Personengruppe zurückzuführen.

Die Taten sind begangen worden nach einem gleichmäßigen Plan unter Mitwirkung von Personen, die zu jener Wirtschaftsstelle gehörten oder in deren Diensten tätig waren, im Falle Sandmeyer und Hartung unter Zurverfügungstellung von Geldmitteln zur Flucht des wegen der Tat Verfolgten. Es ist in diesem Falle auch die Organisation der Einwohnerwehren zur Bewerterstellung der Flucht in Anspruch genommen worden.

Die Taten sind begangen worden als Strafe für ein den Opfern nachgesagtes „gemeinschädliches Verhalten“ („Vaterlandsverrat“). Sie sind aus diesem Grunde von den leitenden Stellen der Landesleitung der Einwohnerwehren mit Zusageung gesehen worden; es sind von dieser Stelle keine Schritte gegen die Wiederholung unternommen worden.

Im Gegenteil: Im Falle Sandmeyer ist durch die dem Verfolgten gewährte Hilfe die Strafverfolgung wirksam vereitelt worden, im Falle Hartung ist durch die von der Landesleitung der Einwohnerwehren über das bayerische Justizministerium durch die von Dr. Gademann ausgeübten Einflüsse auf die amtierenden Staatsanwälte die Rücknahme der gegen die als Täter in Betracht kommenden Personen erlassenen Haftbefehle entgegen allen kriminalistischen Erwägungen bewirkt und die Unterlassung wirksamer Untersuchungsmaßnahmen veranlaßt, auch die Öffentlichkeit über den Verlauf des Verfahrens getäuscht worden. Die dadurch eingetretene Verzögerung und Verdunkelung hat die völlige Aufklärung der Tat erschwert oder unmöglich gemacht.

Im Falle Dobner ist die Tat unter Mitwirkung eines Polizeibeamten der Münchener Polizeidirektion veranlaßt worden.

In allen Fällen haben die als Täter in Betracht kommenden Personen die Sympathie hoher ziviler und militärischer Funktionäre auf ihrer Seite, teilweise auch deren Hilfe gehabt.

Der in dem Urteil des Schwurgerichts München in Sachen gegen Reunzert und Genossen festgestellte Glaube der Täter, daß derartige Bluttaten „von den Behörden gar nicht einmal ernstlich verfolgt würden“, hatte sachliche Grundlagen.

Die drei oben erwähnten Taten sind Feme-taten im Sinne der Definition des Ausschusses, die Landesleitung der Einwohnerwehren war eine Femeorganisation.

Die Ermordung des Studenten Bauer durch Mitglieder des Blücherbundes ist eine Feme-tat. Sie erfolgte wegen schädlichen Verhaltens auf Grund von Verabredungen von Mitgliedern jener Organisation. Sie war geistig vorbereitet durch die von den Einwohnerwehren begangenen Feme-taten („verborgenes Waffenslager zeigen“) und unter dem Eindruck der ungenügenden Verfolgung jener Taten.

Es hat sich nicht feststellen lassen, daß der Blücherbund Femeorganisationen als ständige Einrichtungen gebildet oder gebildet hat.

Auch in diesem Falle hat der Täter die weitgehende Sympathie staatlicher Stellen gehabt; durch sie ist sein Entweichen ermöglicht worden.

Im Falle der Ermordung des Abg. Gareis hat sich der Täter und der Kreis, aus dem heraus die Tat begangen wurde, nicht fest-

stellen lassen. Die gerichtlichen und polizeilichen Untersuchungen sind dazu bis heute zu mangelhaft und unvollständig. Der Ausschuh hat mit seinen Mitteln keine Möglichkeit, die notwendige kriminalistische Ergänzung der Ermittlung durchzuführen.

Hierauf verliest der Vorsitzende den Beschlußantrag des Berichterstatters Abg. Dr. Schaeffer (Dnat.); er lautet:

Der Ausschuh gelangt auf Grund der ihm vorgetragenen gerichtlichen Akten und auf Grund seiner eigenen Beweiserhebungen zu folgenden Feststellungen über die Mordaffäre Bauer, Mordanschlag Bauer auf Scheidemann, Sandmeyer, Hartung, Dobner und Gareis: Nachdem in den fünf genannten Fällen durch gefegmäßig zustande gekommene rechtskräftige Urteile im Falle Bauer durch das Urteil des Volksgerichts München vom 22. August 1923 der Student August Zwengauer wegen des Mordes an dem Studenten Karl Bauer zum Tode und zu dauerndem Ehrverlust verurteilt worden ist, und der Arbeiter Ernst Berger von der Anklage des Mordes freigesprochen worden ist; im Falle Scheidemann durch Urteil des Münchener Volksgerichts vom 26. Juli 1923 der Korrespondent des „Vorwärts“, Franz v. Puttkamer, wegen Vergehens der Aufzuredung zum Mord an den Reichstagsabgeordneten Scheidemann und wegen Vergehens gegen das Republikfluchtgesetz zu acht Monaten Gefängnis und 500.000 M. Geldstrafe verurteilt worden ist; im Falle Sandmeyer durch Beschluß der Strafkammer des Landgerichts München der Leutnant a. D. Hans Schmeickardt wegen der Anschuldigung des Mordes an dem Dienstmädchen Sandmeyer außer Verfolgung gesetzt worden ist; im Falle Hartung durch das Urteil des Münchener Schwurgerichts vom 30. März 1925 die Studenten Reunzert und Ball von der Anklage des Mordes an dem Kellner Hans Hartung freigesprochen worden sind, gegen die drei weiteren Angeklagten das Verfahren wegen deren Abwesenheit durch Gerichtsbeschluß vorläufig eingestellt worden ist; und im Falle Dobner durch das Urteil der Strafkammer beim Landgericht München vom 22. März 1921 die Studenten Schuster und Berthold wegen gemeinamer gefährlicher Körperverletzung und wegen Bedrohung zu je 950 M. Geldstrafe bzw. 95 Tagen Gefängnis verurteilt worden sind.

Ist der Ausschuh nach dem Grundsatz, daß er nicht berufen ist, in die Rechtspflege einzugreifen, und zwar auch nicht hinsichtlich rechtskräftiger gerichtlicher Entscheidungen, nicht in der Lage, andere tatsächliche Feststellungen zu treffen, als sie in den genannten gerichtlichen Entscheidungen vorliegen.

Abgesehen hiervon hat aber auch die Beweisaufnahme vor dem Ausschuh selbst eine weitere Aufklärung hinsichtlich der Tat und der Täter, als wie sie durch die gerichtlichen Untersuchungen erbracht und in den genannten gerichtlichen Entscheidungen niedergelegt sind, nicht erbracht.

Im einzelnen stellt der Ausschuh folgendes fest:

1. Für das Vorliegen von „Feme“ im Sinne des Beschlusses des Ausschusses vom 26. April d. J. ist in den erörterten Fällen, abgesehen vom Falle Dobner, ein Nachweis nicht erbracht. — Im Falle Bauer ist der Student August Zwengauer des Mordes aus politischen Motiven, d. h. weil er den Bauer für einen Verräter an der Organisation des Blücherbundes hielt, überführt.

Der Nachweis, daß diesem Mord eine Verabredung im Sinne des Beschlusses des Ausschusses zugrunde liegt, ist nicht gesüßert, wenn auch — wie das Urteil des Volksgerichts München feststellt — ein Verdacht, der aber nicht zur Verurteilung ausreichte, hierfür fortbesteht. Des ferneren besteht der Verdacht, daß eine der Veranlassungen für den Täter zur Ermordung des Bauer, dessen Verkehr mit dem Korrespondenten des „Vorwärts“, v. Puttkamer, war, der diesen Verkehr des Bauer zum Zwecke der Bespitzelung der vaterländischen Verbände gesucht und unterhalten hat. — Im Falle Bauer-Scheidemann ist der Student August Bauer überführt, ein Mordattentat auf den Abg. Scheidemann geplant und in seinen Einzelheiten vorbereitet zu haben. Er ist in seinem Vorhaben durch den Korrespondenten des „Vorwärts“, Franz v. Puttkamer, bestärkt und unterstützt worden. Daß Feme im Sinne des Ausschuhbeschlusses vorliegt, ist deshalb nicht erwiesen, weil v. Puttkamer behauptet, er habe die dem Bauer zur Ausführung des Mordplans zugelegte Unterstützung nicht ernstlich gemeint. Gleichwohl hat der Mordplan des Bauer auf den Abg. Scheidemann durch das Verhalten des v. Puttkamer eine wesentliche Förderung erfahren. Der Mordplan ist nur deshalb nicht zur Ausführung gelangt, weil Bauer inzwischen ermordet worden war. Ob und inwieweit noch andere Mitglieder des Blücherbundes oder der Organisation Hohbach an der Verabredung zur Ermordung des Abg. Scheidemann beteiligt waren, ist nicht nachweisbar.

Im Falle Sandmeyer ist Feme im Sinne des Ausschuhbeschlusses nicht erwiesen. Es besteht jedoch der Verdacht, daß die Sandmeyer wegen Waffenvorrats auf Grund einer Verabredung einzelner Männer, die damals mit Waffenbergung zu tun hatten, ermordet worden ist. — Im Falle Hartung ist Feme im Sinne des Ausschuhbeschlusses nicht erwiesen. Es besteht jedoch auch in diesem Falle der Verdacht, daß Hartung wegen Waffenvorrats oder Vorrats an der Organisation auf Grund einer Verabredung einzelner Männer, die damals mit Waffenbergungen zu tun hatten, ermordet worden ist. — Im Falle Dobner liegt der begangenen gemeinsamen Körperverletzung eine Verabredung einzelner Mitglieder einer Organisation im Sinne des Ausschuhbeschlusses zugrunde.

2. Es liegt kein Anhalt für die Annahme vor, daß in den gerichtlich abgeurteilten Fällen Bauer, Bauer-Scheidemann und Dobner die in den Urteilen festgestellten Straftaten von den Leitungen der Organisationen, denen die Täter angehört haben, gefördert oder gebilligt worden sind. Dasselbe gilt auch für die Leitung der Organisation, der in den Fällen Sandmeyer und Hartung die freigesprochenen oder außer Verfolgung gesetzten, trotzdem aber noch im Verdacht der Täterschaft befindlichen Angeklagten angehört haben. Femeorganisationen im Sinne des Ausschuhbeschlusses haben nicht bestanden. Es ist im Gegenteil erwiesen, daß die offizielle Leitung der in Betracht kommenden Organisationen jede Privatjustiz abgelehnt hat.

3. Der gegen einzelne Justizbeamte erhobene Vorwurf pflichtwidrigen Verhaltens der Führung der Untersuchungen ist unbegründet. Der Ausschuh erachtet es für widerlegt, daß von Seiten der Beamten der Justiz etwas geschehen ist, um den Täter der Strafverfolgung zu entziehen. Auch der gegen Leiter und Beamte der Polizeidirektion München erhobene Vorwurf der Einflußnahme zur Hemmung des Verfahrens ist widerlegt.

Interesses, daß Deutschland an Danzig habe. Der Rat genehmigte eine internationale Anleihe von 30 Millionen Gulden, die durch Verhandlungen mit der Reparationskommission noch etwas erhöht werden kann. Als Garantie wird ein staatliches Tabakmonopol eingeführt, das jedoch von einer Privatgesellschaft betrieben werden soll. Senatspräsident Sahm sprach dem Finanzkomitee den Dank für das der Stadt Danzig gewährte Wohlwollen aus. Den Bericht über die

Einberufung der Wirtschaftskonferenz

verlas Dr. Stresemann in englisch. Er sprach der Vorbereitenden Wirtschaftskommission den Dank und die Anerkennung des Rates aus und hob die außerordentliche Bedeutung der zum 4. Mai

einberufenen Konferenz hervor. Einladungen sollen außer an die Mitgliedstaaten auch an die Vereinigten Staaten, Rußland, Mexiko, Ecuador und Ägypten erfolgen. Der zum Vorsitzenden der Konferenz gewählte Belgier Theunis dankte für seine Wahl und erklärte, die Wahl der Konferenzdelegierten durch die Regierungen dürfe nicht mit gebundenen Marschrouten erfolgen. Darauf beschloß der Rat, die Konferenz zur

Kontrolle der privaten Waffenfabrikation

auf alle Fälle im nächsten Jahr abzuhalten. Im Vorbereitungsausschuß sind die Ratsmächte vertreten und Amerika und Rußland eingeladen. Er soll ein neues internationales Abkommen vorbereiten.

Kommunistisch-gelbe Einheitsfront.

Bei Drenstein & Koppel in Spandau.

Die Kommunisten versuchen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die „Einheitsfront“ der Arbeiterkraft zu verwirklichen, so wie sie sie auffassen. Bei den SPD-Arbeitern ist ihnen dies vorübergekommen, weil diese erkannt haben, daß die Kommunisten immer noch mit den Mitteln der Lüge und Verleumdung arbeiten.

Nun versuchen sie es bei den Gelben, wie es scheint, mit besserem Erfolg. Wenn wir schon verschiedentlich festgestellt konnten, daß Kommunisten und Gelbe Hand in Hand arbeiten, so haben die kommunistischen Betriebsräte von Drenstein u. Koppel hierfür von neuem den Beweis geliefert.

Schon bei der Wahl des Betriebsausschusses haben sie durch ihre Hinterhältigkeit die mit den SPD-Kollegen getroffene Vereinbarung gebrochen. Bei der Wahl des Gesamtbetriebsrates gingen sie ganz offen mit den Gelben zusammen, indem Kommunisten und Gelbe eine gemeinsame Liste einreichten. Es hat nicht viel gefehlt, so wäre der Gelbe Spitzenkandidat auf der kommunistischen Liste geworden, lediglich formale Gründe standen dem entgegen.

Durch diese Verbrüderung haben es die Kommunisten fertiggebracht, einen freigewerkschaftlich organisierten vom Gesamtbetriebsrat fernzuhalten und an dessen Stelle den Gelben zu setzen.

Eine wahrhaft revolutionäre Taktik! Der Ausbruch der „Weltrevolution“ kann demnach jede Stunde zu erwarten sein. Unsere Genossen werden es sich nach dieser Tat überlegen müssen, ob sie in Zukunft überhaupt noch irgendwelche Vereinbarung mit den Kommunisten treffen können. Für uns kommen als Bundesgenossen nur Arbeiter in Betracht, die es ablehnen, mit Gelben Hand in Hand zu arbeiten. Wenn nun schon kommunistische Bezirksverordnete, Fraktionsvorsitzende usw. sich mit den Gelben verbrüdernd, was soll man dann erst von den „gewöhnlichen“ Kommunisten erwarten?

Die Berliner Holzarbeiter im 3. Quartal.

Gegen die Überstunden.

Die Berliner Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes hatte Dienstagabend im Gewerkschaftshaus ihre ordentliche Generalversammlung. Genosse Freigang führte in seinem Geschäftsbericht über das 3. Quartal aus, daß sich die Geschäftslage in der Berliner Holzindustrie im ersten Monats des Quartals noch weiter verschlechterte, sich aber in den beiden letzten Monaten etwas gehoben habe. Das kommt am deutlichsten in den Zahlen über den Stand der Arbeitslosigkeit zum Ausdruck. Am Schluß des 2. Quartals waren 16 671 arbeitslose Holzarbeiter auf dem Arbeitsnachweis eingetragen, am 28. Juli 17 444, am 29. Dezember 14 193 und bei der letzten Zählung am 1. Dezember 7 813, wovon 4567 auf die Tischlerbranche und 3246 auf die übrigen Branchen entfallen. Im Reichsdurchschnitt gesehen wies Berlin den höchsten Prozentsatz an arbeitslosen Mitgliedern auf. Waren im Juli 28,9 Proz. der Mitglieder des Verbandes arbeitslos, im August 27,2 Proz., im September 24,6 Proz. und im Oktober 22,39 Proz., so waren in den gleichen Monaten in der Berliner Ortsverwaltung 47,7, 44,7, 39,25 und 30,6 Proz. der Mitglieder erwerbslos. Diese ungünstige Situation am Arbeitsmarkt veranlaßt die Unternehmer wie überall dazu auszuweichen, um die Löhne und Akkordsätze zu reduzieren. Die not-

wendige Folge dieses Vorgehens der Unternehmer war eine erhebliche Anzahl von Abwehrbewegungen und auch Angriffskreuzen, um schon vorgenommene Lohnkürzungen wieder wettzumachen.

Freigang ging dann näher auf die Lohnbewegungen in den einzelnen Branchen und Betrieben ein, für die die Lokalkasse insgesamt 3297 M. verausgabte und die größtenteils mit einem vollen oder teilweisen Erfolg beendet werden konnten. Er verwies sodann auf den im „Mitteilungsblatt“ vom 20. November gegebenen Rapport für das 3. Quartal, wonach sich Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse mit 240 377 M. ausgleichen. Der Bestand der Lokalkasse erhöhte sich von 71 272 M. auf 123 412 M. An Unterstützungen wurden u. a. 57 450 M. an Arbeitslose, 15 623 M. an Kranke und 34 472 M. für besondere Notfälle ausgezahlt.

Der Mitgliederbestand ist an sich stabil geblieben, wenn auch ein ganz geringer Mitgliederabgang infolge der anhaltenden Krise eingetreten ist. Am Schluß des 3. Quartals waren in Berlin 24 853 Mitglieder vorhanden gegen 25 106 am Schluß des 2. Quartals. Genosse Freigang wandte sich zum Schluß ganz besonders gegen das Überstundenunwesen in einzelnen Betrieben, durch das nicht nur die Zurückschüfung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess verhindert, sondern auch den Unternehmern Material in ihrem Kampf gegen die Verkürzung der Arbeitszeit geliefert wird. Er erwähnte die Delegierten, in den Betrieben dahin zu wirken, daß die tarifliche 46stündige Arbeitszeit eingehalten wird.

In der Diskussion über den Geschäftsbericht sprach nur ein Redner der „Opposition“, der das angebliche Fehlen eines Reglements der Geschäftsführung in den Versammlungen kritisierte, jedoch vom Genossen Boese sowohl in den Versammlungen freigegeben in seinem Schlusswort auf das Irrige seiner Behauptung hingewiesen wurde. Eine ausgedehnte Debatte entsandte ein von der Opposition eingereicherter Antrag, der in der Sitzung der erweiterten Ortsverwaltung abgeändert, dann einstimmig (einschließlich der Kommunisten) angenommen und der Generalversammlung zur Annahme empfohlen wurde. Der Antrag lautet:

„Die am 7. Dezember 1926 tagende ordentliche Generalversammlung der Ortsverwaltung Berlin des DVH. erinnert die Kollegen erneut an den bestehenden Beschluß, nach welchem jede Überstunde abzulehnen ist.“

Da durch die Rationalisierung der Wirtschaft auch der Achtstundentag keine wesentliche Verringerung des Arbeitslosenheeres bringen kann, fordert die Generalversammlung alle Mitglieder auf, es nicht bei dem von den Spitzenorganisationen im Reichstag eingebrachten Rotgesetz zur Wiederherstellung des Achtstundentages bewenden zu lassen, sondern unermüdet dafür einzutreten, daß der Siebenstundentag eingeführt wird.“

Die „Opposition“ brachte einen Änderungsantrag ein, der vom DVH den „außerparlamentarischen Kampf um die 42-Stunden-Woche“ fordert. Dieser kommunistische Agitationsantrag verfiel der Ablehnung. Die Versammlung nahm mit übergroßer Mehrheit den Antrag der Verwaltung an.

Die Lohnbewegung der Reichs- und Staatsarbeiter.

Verhandlungen nächste Woche.

Vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter wird uns mitgeteilt:

Wie wir in Erfahrung gebracht haben, finden die Verhandlungen für die Reichs- und Staatsarbeiter nächste Woche im Reichsfinanzministerium statt. Ob die Reichsarbeiter eine einmalige Zulage oder eine laufende Lohnerhöhung erhalten, wird wesentlich von den Beschlüssen des Reichstages bzw. des Preu-

sischen Landtages abhängen. Im Auftrag der gesamten Tarifkontrahenten haben wir bei den uns nahestehenden Fraktionen entsprechende Anträge gestellt.

Tariffbewegung der Kraftdroschkenfahrer.

Um Lohn- und Manteltarif.

Die im Verkehrsband organisierten Kraftdroschkenfahrer beschäftigten sich am Donnerstagabend in einer gut besuchten Versammlung in den Residenzfestspielen mit dem Stand ihrer Lohnbewegung. Genosse Heyl vom Verkehrsband gab zunächst einen Überblick über die Entwicklung des Berliner Kraftdroschkenwesens, dem so viele Chauffeure zuströmten, in der Erwartung, in diesem Gewerbe in kurzer Zeit goldene Berge zusammenfahren zu können.

Sie alle sind in ihren Hoffnungen stark enttäuscht worden. Die endlosen Reihen von Kraftdroschken an den Halteplätzen beweisen auch jedem Unkundigen, daß der Beruf eines Berliner Kraftdroschkenführers kein berechnungswertiger ist. Es ist keine Seltenheit, daß Fahrer, wenn sie 12, ja bis zu 14 Stunden am Steuerrad gefahren haben, mit einem Verdienst von 2 Mark nach Hause gehen!

Der Verkehrsband bemüht sich schon seit Jahren, für die Kraftdroschkenfahrer einen Garantielohn und tariflich geregelte Arbeitsverhältnisse zu schaffen, wie es in vielen Großstädten schon lange üblich ist. Diese Forderung scheiterte bisher aber immer an der ablehnenden Haltung der Droschkenbesitzer. Der Verkehrsband hat vor kurzer Zeit der Innung der Berliner Droschkenbesitzer einen Lohn- und Manteltarifentwurf eingereicht, zu dem die Unternehmer in ihrer Innungsversammlung Stellung genommen haben. Die Droschkenbesitzer beauftragten in dieser Versammlung ihren Vorstand, mit dem Verkehrsband einen Lohn- und Mantelvertrag abzuschließen, und wählten auch eine Lohnkommission, um die Einzelheiten eines Vertrages festzulegen.

Da der Versammlung der Kraftdroschkenfahrer eine klare Antwort der Droschkenbesitzer noch nicht vorlag, wurde der Verkehrsband beauftragt, den Schlichtungsausschuß in dieser Angelegenheit anzurufen und an der aufgelegten Forderung: 4 Mark Garantielohn pro Tag und 15 Proz. von der Gesamtentnahme, festzuhalten. Die Versammelten waren der Auffassung, daß sich die Droschkenbesitzer, wenn sie es ehrlich meinen mit ihrer Bereitwilligkeit zum Abschluß eines Lohn- und Mantelvertrages, in freier Verhandlung zum Abschluß dieser Verträge bereiterklären werden.

Im weiteren Verlauf der Versammlung wurden die Zustände bei der Innungskrankenkasse einer scharfen Kritik unterzogen. Trotzdem die Beiträge zur Krankenkasse mehrfach erhöht worden sind, ist diese in ihren Leistungen stark zurückgegangen. Die Abführung der Beiträge durch die Unternehmer läßt ebenfalls viel zu wünschen übrig. So wurden 42 Kraftfahrer vorgeschlagen, die für die bevorstehende Neuwahl des Vorstandes und des Ausschusses kandidieren sollen.

Die Frankfurter Straßenbahner für den Schiedsspruch.

Frankfurt a. M., 10. Dezember. (Tl.) In einer Mitglieder-versammlung am Mittwochabend nahmen die Straßenbahner zu dem vom Zentralausschuß für Straßenbahnerarbeitsangelegenheiten in Berlin gefällten Schiedsspruch Stellung; die Abstimmung ergab eine überwiegende Mehrheit für dessen Annahme. Die Erklärung der Stadt über Annahme oder Ablehnung steht noch aus.

Streik der Straßenbahnarbeiter in Lodz. Die Straßenbahnarbeiter haben den Streik proklamiert.

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Curt Geert; Wirtschaft: Felix Galtmann; Gemeindefortschritt: J. Steiner; Reichsverband: A. B. Fischer; Lokales und Sonstiges: Fritz Kersch; Anzeigen: H. Glöde; Familien in Berlin: Verlag: Bornhards-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Bornhards-Verlag und Verlagsanstalt West-Sinnig u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 10. u. 11. Etage.

Qualitätswaren zu kleinen Preisen!
Steppdecken
Unsere bekanntesten Spezialqualitäten, in Seide, Karfilin.
Einlage, solange Vorrat:
14,- 17,50 23,- 26,-

Billige Künster-Garnituren
effelbein 5,- 5,- 7,- 10,-
engl. Tüll 12,- 15,- 18,- 20,-
24,- 28,- 32,- 36,-
Glamir u. glit. 6,- 12,- 30,- 38,-
Wohras, hell 4,- 6,- 9,- 10,-
edelfarb. 12,- 16,- 20,- 24,-
28,- 30,- 32,- 36,-

Ml. Madras-Falten
Defektion 11,- 15,- 20,- 25,-
bto. Rauschb. 20,- 25,- 30,- 36,-
bto. Wollens-Def. 18,- 20,- 30,-
bto. bto. Rauschb. 28,- 35,- 42,-

Dreißig Halb-Stores
engl. Tüll 3,- 5,- 8,- 10,-
Glamir m. Bilet 8,- 12,- 16,- 20,-
Schw. Hand-Fillet-Stor. 30,- 40,-

Schlafzimmer-Falten-Garnituren
engl. Tüll 12,- 16,- 20,- 25,-
Blau 18,- 20,- 24,- 30,-
Madras, hell 20,- 25,- 30,- 36,-
Belle 30,- 35,- 45,- 60,-
Glamir, per Meter 35 Pf.
150 cm. bc. 60

Sächsisches Gardinen- und Einrichtungs-Haus
Neußölln, nur Hermannstraße 32
Filiale: Filiale:
Gieswalde, Romaspa,
Eisenbahnstr. 90 Bräckerstraße 57

Ischias
Schmerzmittel
Schmerzmittel
Schmerzmittel

Auf Teilzahlung!
Herren- Garderobe
Damen- Garderobe
Mäntel, Ullster, Paletots, Anzüge, Joppen.
MÖBEL
Schlaf-, Speise-, Herrens- Zimmer,
Küchen, Einzelmöbel, Federbetten.
Aniel, Gr. Frankfurter Str. 34
Strausberger Platz

Auf Teilzahlung
Herren- u. Burschen- Garderobe!
1/3 Anzahlung / 24 Wochenraten
CAMNITZER
Schönhauser Allee 82,1
am Hochbahnhof Nordring

Bettfedern Adolf Pohl
Dresdener Straße 15
(Fabrikgebäude)

Außergewöhnlich billiger
Weihnachtsverkauf
im
Gardinen- und Teppichhaus
Arnold & Co. G.m. b. H.
Kottbuser Damm 88-89, Ecke Bürknerstraße
2. Verkaufsstelle: Temo G.m.b.H.
Frankfurter Allee 50, Ecke Niederbarnimstraße

Tüllgarnituren 3 teilig 11,50, 8,75, 5,95	2 ⁹⁵	Tüllhalbstores 7,50, 5,75, 3,50	1 ⁷⁵
Etamingarnit. 3 teilig, mit Handarbeitsmotiven 4	4 ⁹⁵	Etaminhalbstores Handarbeit, durchgehend, Pries und Spitze	5 ⁵⁰
Etamingarnit. 3 teilig, m. Einsatz und Volant	2 ⁵⁰	Madrasgarnit. 3 teilig, hellgründig	2 ⁵⁰
Tüllbettdecken 1 bettig 8,25, 6,50, 4,95	2 ⁹⁵	Madrasgarnit. dunkel, mit Perfranse 17,50, 11,55	6 ⁹⁵
Tüllbettdecken 2 bettig 12,50, 10,75, 8,80	6 ⁸⁵	Madrasstoffe 130 cm breit 4,25, 3,00, 2,25	1 ⁴⁵
Etaminbettdecken 1 bettig 6,75, 5,50, 4,25	3 ⁰⁰	Steppdecken doppelseitig 150/200	9 ⁵⁰
Tischdecken Fantasie- u. Gobellgewebe 9,75, 6,25	3 ⁹⁵	Diwanddecken Fantasie- u. Gobellgewebe 14,50, 11,50	6 ⁹⁵
Deutsch-Perserteppiche ca. 200/300	25 ⁰⁰	Ein Posten Bettvorleger	0,98

Anfertigung von Dekorationen innerhalb 24 Stunden

Damen-Konfektions-Haus
Hugo Ahronfeld
Gr. Frankfurter Str. 117 an der Andreasstr.

Praktische Wintermäntel 9⁷⁵ 10⁵⁰
Reinw. Flanschmäntel m. Pflschbesatz 14⁷⁵ 19⁷⁵
Reinw. Velourmantel mit Pelzkragen 26⁵⁰ 29⁷⁵
Astrachanmäntel 39⁵⁰ 49⁵⁰ | Seal-Pülschm. 49⁰⁰ 69⁰⁰ etc.
Krimmermäntel 45⁰⁰ 59⁰⁰ | Ottoman-Mäntel 49⁰⁰ 59⁰⁰
Ottoman-Mäntel auf Damast 49⁵⁰ 59⁰⁰

J. Baer, Berlin N20
Badstraße 26, Ecke Prinzenallee
Neuheiten
für
Herbst und Winter
in
Herren- u. Knabenmoden
Fertig und nach Maß
Joppen und Schlafrocke
Sport- und Berufskleidung
Trotz billiger Preise nur Qualitätsware

Gas-Verbetage
1-10. Dez.
10% Kassa-Rabatt
elektrisch
FRANZ RAMANN
Fabrik f. mod. Beleuchtung
O. 17, Warschauer Str. 41/42
gegenüber Hochbahn, neben Stadtbahn

Total-Ausverkauf
zu sensationell billigen Preisen!
Bekannt als Qualitätsware

Wiener Pelz-Haus
Leipziger Straße 89 Ecke Markgrafenstraße gegenüber Seidenh. Michels
Jacken Mäntel Skunk Fische Muffen Hute

Qualitäts-, Rabatt- u. Reklamemarken gegen Nachzahlung gesetzl. gesch. fertigt seit 45 Jahren als Spezialität
Conrad Müller
Schkrauditz-Leipzig

Billige Spielwaren
30-50 Proz. billiger wegen Aufgabe der Abteilung:
Gesellschaftsspiele von 30 Pf. an, Reubertäfen von 75 Pf. an, Reubertäfel 30 Pf., Wunderkäse 30 Pf., Dadelwagen, gefüllt mit 30 Spielwaren, 50 Pf.; Tierzylinder 2 Pf., Karusell 1 Pf., ex. fehrbare Tiere mit Stimme 1 Pf., Märchenquartett 30 Pf. Viele Sorten Spielwaren und Puppen. — Für Vereine sehr vorteilhaft.
A. Wenz & Co., Markgrafenstr. 84, an d. Lindenstr., geg. 1898

Großer Weihnachts-Verkauf in d. Groß-Abteilung
Sonnabend, den 11., Sonntag, d. 12., 2-6 geöffnet. Montag, d. 13. Ständiges Lager, ca. Brücken, Vorlägen, Läuferstoffe, erstklassig. Fabrikate zu billigen Engroslistenpreisen

1000 Teppiche
Viele Gelegenheitskäufe darunter große elegante Herren- und Speisezimmer-Exemplare } zu wesentlich ermäßigten Preisen
Nachstehend einige Beispiele der billigen Preise:
Inkl. Bouclé-Teppiche 200x300 19,-, 250x350 32,-, Deutsche Perser-Teppiche 200x300 25,50, 250x350 37,-, 300x400 45,-, Axminster Ganz besondere Gelegenheit: Extra pr. Velours, schwerste Qualität, 250x350, statt 135,- nur 87,-, Inqu. Bouclé 250x350 statt 118,- nur 87,-, 300x400 statt 145,- nur 98,-, in Färbung 250x350 statt 245,- nur 195,-, Edler dtsch. Wolperser 250x350 108,-, 300x400 145,-, Hansa 350x500 218,-

Größtes Teppichlager. Seit 30 Jahren in Berlin-Schöneberg, nur Hauptstr. 5. Bitte Hausnummer zu beachten.

Eine Armensache.

Wenn der Wohlfahrtsarzt nicht zu Hause ist . . .

Viel Glück scheint der Arbeiter Hellriegel in seinem Leben überhaupt noch nicht gehabt zu haben. Wegen seiner Kriegsbeschädigung klagt er noch, denn angeblich hat er die Anmeldefrist veräumt — aber er verliert wegen seiner Krämpfe eine Arbeitsstelle nach der anderen. Seine Frau ist schwer asthmatisch; kein Gedanke daran, daß sie irgendeine andere Arbeit als die nicht allzu schwere, aber darum auch nicht hoch bezahlte Hausreinigung eines Hauses in der Adalberstraße annehmen kann. Darum fällt nun das Ehepaar mit seinem sechsjährigen Jungen seit einem Jahr „der Armenpflege zur Last“, wie es früher so schön hieß. Sie bekommen 30 Mark Barunterstützung und 15 Mark in Nahrungsmitteln vom Wohlfahrtsamt. 16 Mark trägt die Portierstelle, aber 10,50 Mark sind davon für die Miete zu zahlen. — Bleiben zum Leben für die drei Menschen ganze 50 Mark und 50 Pfennig. Es soll schon ein Kunststück sein, damit durchzukommen, und wenn man damit den Magen halbwegs vollkriegen will, darf man nicht zu wählerisch sein.

Also kaufte Frau H. eines Tages „billige“ Bäcklinge vom Markt. Am späten Abend, nachdem sich die Familie ausnahmsweise dieses opulente Abendbrot geleistet hatte, zeigten sich bei dem Sechsjährigen die Anzeichen einer Fischvergiftung; gleichzeitig lag Frau H. in schweren asthmatischen Krämpfen. Unterstützt von Hausbewohnern, die dem geängstigten Mann gern ihr Telefon zur Verfügung stellten, versuchte der Vater vergeblich, den zuständigen Wohlfahrtsarzt zu erreichen. Schließlich lief er hin — um nach der vorläufigen Erkundigung: „Das ist wohl eine Armensache?“ den Bescheid zu bekommen: „Der Herr Doktor ist nicht zu Hause!“ — Da holte der Mann in seiner Verzweiflung den erstbesten Arzt, der menschenfreundlicherweise auch mittsam, trotzdem ihm H. sofort erklärte, er selbst habe kein Geld, aber das Wohlfahrtsamt werde wohl zahlen. Der Zustand des Kindes war ernst genug. Der Arzt sorgte für sofortige Ueberführung in ein Krankenhaus. Aber nun . . . nun sollte das Wohlfahrtsamt außer der Krankenhausbehandlung des Kindes auch die 10 Mark für die nächtliche Arztvisite zahlen. Dieses „unbillige Verlangen“ wurde glatt abgelehnt; denn, so lautet die wohlweisliche Begründung, die Familie habe sich strikt an den zugewiesenen „Wohlfahrtsarzt“ (Armenarzt war wenigstens ein ehrlicheres Wort) zu halten; Besuche anderer Ärzte könnten nicht honoriert werden.

Einige kleine Anfragen: In welchen Stunden darf ein vom Wohlfahrtsamt Unterstützter vorchriftsmäßigerweise erkranken? — Und muß ein Vater, wenn der „zuständige“ Arzt nicht zu Hause ist, sein Kind eher stundenlang in schmerzhaften Schmerzen, ja sogar in Todesgefahr lassen, als die Hilfe eines menschenfreundlichen Arztes, wenn der auch kein „Wohlfahrtsarzt“ ist, in Anspruch zu nehmen?

Drei Todesurteile beantragt.

Der Staatsanwalt im Prozeß Dieckow.

In seiner fast einstündigen Rede in dem Prozeß gegen Frau Dieckow und Schwarz und Bösch wegen Ermordung des Steinmetz Dieckow begründete der Staatsanwalt in aller Ausführlichkeit seine Strafanträge. Auch er fand zwar scharfe Worte für den Geläuteten, der ein unempfindlicher und brutaler Mensch gewesen ist. Die Tat selbst ist aber von Schwarz und Bösch mit Vorbehalt und Ueberlegung ausgeführt worden. Angestiftet waren sie von der Ehefrau Dieckow. Die Frau habe sich nicht nur allein über ihr Verbrechen, sondern die jungen Leute direkt zur Tat gedrängt, die sie dann aus Mitleid für die Frau begangen haben. Notwehr liege nicht vor. Dieckow ist hinterläßt erschossen worden. Menschlich mag man noch soviel Mitleid und Verständnis für alle drei, insbesondere für die Angeklagte Dieckow aufbringen. Rechtlich fallen solche Empfindungen nicht in die Waagschale; sie fehlen höchstens für die Gnadeninstanz von Bedeutung. Deshalb seien Schwarz und Bösch wegen Mordes und die Angeklagte Dieckow wegen Anstiftung zum Mord zum Tode zu verurteilen. Allen dreien seien die bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit abzusperrung. — Wenn noch ein neuer Beweis für die Unzutüchtigkeit des Nordparagrafen, der keine mildernenden Umstände kennt, notwendig wäre, so wären es die unverständlichen Beweisanträge des Staatsanwaltes.

Ueberfall im Friedrichshain.

Der Täter verhaftet.

Im Friedrichshain wurde in der vergangenen Nacht eine 42 Jahre alte Frau Emma B. aus der Sarnackstraße überfallen. Die Frau hatte Verwandte in der Landsberger Straße besucht und war dort bis gegen Mitternacht geblieben. Als sie dann durch den Friedrichshain nach Hause ging, trat ihr plötzlich ein Mann entgegen, verfechtete ihr mehrere Faustschläge ins Gesicht, warf sie zu Boden, kniete auf ihr und würgte sie. Die Ueberfallene konnte aber noch um Hilfe rufen. So wurden Passanten aufmerksam, die den Schreien nachgingen, andere eilten nach dem nahegelegenen 82. Polizeirevier. Als der Uebelthäter die Leute herankommen sah, ließ er von seinem Opfer ab und ergriff die Flucht. Passanten und Schupobeamte verfolgten ihn. Dabei kam er zu Fall, wurde

Typhusgefahr für Berlin?

Mehr Erkrankungen in diesem Jahr. — Vorkehrungen zur Abwehr.

Eine Zeitungsmeldung spricht von einer Zunahme der Typhuserkrankungen in Berlin und fordert Vorkehrungen zur Abwehr. In einer Großstadt wie Berlin ist es selbstverständlich, daß eine solche Gefahr jederzeit besteht. Jederzeit ist es möglich, daß von einzelnen Krankheitsfällen, wenn sie nicht rechtzeitig erkannt werden und daher Abwehrmaßnahmen unterbleiben, eine Epidemie ausgeht. Ob aber in diesem Jahre in Berlin die Typhuserkrankungen sich ungewöhnlich gemehrt haben, das möge man nach folgenden Zahlen beurteilen.

Aus Berlin wurden Typhuserkrankungen gemeldet in den bisher elf Monaten des Jahres 1926 (in Klammern die Zahlen für dieselben Monate von 1925): im Januar 10 (21), Februar 13 (10), März 14 (12), April 12 (4), Mai 10 (15), Juni 24 (37), Juli 76 (64), August 93 (62), September 76 (46), Oktober 30 (41), November 13 (22), das sind zusammen in elf Monaten 371 (334). Daß im Juli, August, September die Erkrankungsziffer beträchtlich ansteigt, ist eine Erscheinung, die alljährlich wiederkehrt. In 1926 waren die Erkrankungsziffern für einige Monate niedriger als in 1925, in anderen höher als für 1925. Betrachtlich höher waren sie für August und September, dagegen zeigen Oktober und November in diesem Jahre einen ruhigeren Abfall der Ziffern als im vorigen. Für Dezember können natürlich noch keine Zahlen vorliegen. Die Gesamtzahl aus den elf Monaten ist in diesem Jahre um rund 11 Proz. höher als im vorigen. Solche Unterschiede kommen öfter vor, zum Teil unter dem Einfluß der Witterungsverhältnisse. Mit den Erkrankungsziffern von 1926 und 1925, die sich auf die jetzige Biermillionenstadt Berlin beziehen, vergleiche man, daß aus der früheren Zweimillionenstadt Berlin z. B. für 1908 und 1911 (je zwölf Monate) 359 und 366 Typhuserkrankungen gemeldet wurden.

Die in Berlin zur Meldung kommenden Typhusfälle sind, wie amtliche Feststellungen immer wieder ergeben, größtenteils von außerhalb eingeschleppt. Da zurzeit die Einwanderung nach Berlin, trotz drückendsten Wohnungsmangels und entsetzlichen Erwerbslosens, sehr erheblich ist, so ist auch mit einer nicht geringen

Einschleppungsgefahr zu rechnen. Als Gefahrenquellen in Berlin selber sind hauptsächlich das Wasser und die Milch anzusehen. Die Kontrolle des Wassers wird in mehrfacher Wiederholung so gründlich betrieben, wie es nur möglich ist. Man darf annehmen, daß es zu einer durch Wasserverseuchung herbeigeführten Typhusepidemie in Berlin niemals kommen wird. Gefährlicher ist die Milch, zumal, da in diesem Jahre in einigen Gebieten, aus denen Berlin mit Milch versorgt wird, in Pommern, der Typhus stärker als sonst aufgetreten ist. Zur Abwehr gibt es hier zwei Mittel, die Kontrolle der Milch und die Abkochung. An der Kontrolle beteiligen sich auch die Organisationen der Milchhändler, da sie eingesehen haben, daß eine durch Milchverseuchung herbeigeführte Typhusepidemie ihnen selber durch sofortigen Rückgang des Milchverbrauchs großen Schaden brächte. Die Milch vor dem Gebrauch abzukochen, ist eine Aufgabe, die den Hausfrauen zufällt. Es kann nicht oft genug betont werden, daß diese Vorsicht nicht außer Acht gelassen werden darf.

Selbstverständlich muß die Stadt alles tun, bei einer ausbrechenden Epidemie auf die Abwehr gerüstet zu sein. Aber das Wichtigste in dem Kampf gegen Seuchen ist, daß schon der Entstehung einzelner Erkrankungen vorgebeugt wird.

Die Typhuserkrankungen in Potsdam.

Im Laufe des gestrigen Tages sind wiederum drei Typhusverdächtige in das städtische Krankenhaus eingeliefert worden. Im Joseph-Krankenhaus liegen zurzeit 19, im Städtischen Krankenhaus neun Fälle. Zu diesen 28 Erkrankten kommen noch zwei Personen, die in Privatbehandlung liegen, so daß insgesamt die Zahl der Typhusfälle in Potsdam auf 30 gestiegen ist. Die Scharlach- und Grippeerkrankungen in der Staatlichen Bildungsanstalt sind nach den Mitteilungen der zuständigen Gesundheitsbehörde im Abflauen begriffen. Die Scharlach-erkrankungen in der Epileptischen Anstalt in Potsdam, etwa 25 an der Zahl, sind schon vor einiger Zeit aufgetreten. In den letzten Tagen sind keine neuen Erkrankungen hinzugekommen, wie überhaupt die Zahl der Scharlachfälle in Potsdam nicht das übliche Maß übersteigt, also zu Beunruhigungen keinerlei Anlaß vorliegt.

ergriffen und nach der Wache gebracht. Hier stellte er sich so, als ob er betrunken wäre und von nichts wisse. Er wurde festgesetzt als ein 34 Jahre alter wohnungsloser Schlosser Karl Meier und der Kriminalpolizei übergeben. Wahrscheinlich hat er die Frau nicht nur berauben, sondern auch vergewaltigen wollen.

Böser Ausgang eines Familienstreites.

Ein Familienstreit verursachte heute früh gegen 3 Uhr in dem Hause Drontheimer Straße 25 große Aufregung. Hier wohnt ein 54 Jahre alter Verwaltungsinspektor Karl Roebus mit seiner Frau und einem 32 Jahre alten Rag Freitag, einem Sohne aus der ersten Ehe der Frau. Freitag ist schon seit zwei Jahren bettlägerig krank und kann sich nur an Krücken bewegen. Heute früh kam Roebus gegen 3 Uhr nach Hause und geriet mit seiner Frau in einen heftigen Streit. Als Freitag sich zugunsten seiner Mutter einmischte, wandte der Stiefvater sich gegen ihn, drang auf ihn ein und schlug ihn. Da griff der Kranke, der sich erhoben hatte, wie er sagt, in der Notwehr, zur Selbstverteidigung, gab fünf Schüsse auf Roebus ab und traf ihn in die Brust, den Bauch, die linke Schulter und den linken Arm. Die Polizei, die von den alarmierten Hausbewohnern herbeigerufen wurde, brachte den Schwerverletzten nach dem Jüdischen Krankenhaus. Freitag mußte seines körperlichen Zustandes wegen in der Wohnung gelassen werden. Die Kriminalpolizei ist mit der weiteren Aufklärung noch beschäftigt.

Der Tod auf den Schienen.

In der Nähe von Großbeeren suchten innerhalb weniger Stunden drei Personen den Tod auf den Schienen. Gestern Abend warf sich ein noch unbekannter etwa 25jähriger junger Mann vor einen Zug und wurde auf der Stelle getötet. Heute früh verübte gleichfalls in unmittelbarer Nähe Großbeeren ein Liebespaar Selbstmord. Von Bahnbeamten wurde zwischen Kilometerstein 17,680 und 17,335 eine stark verblutete weibliche und männliche Leiche aufgefunden. Unzweifelhaft liegt ein Doppelselbstmord vor. An der westlichen Böschung wurden die Oberkleider des Paares gefunden. Die Personalkolten konnten noch nicht festgestellt werden, da keinerlei Papiere, die über Namen usw. hätten Aufschluß geben können, vorgefunden wurden. — Heute vormittag sprang ein etwa 50jähriger unbekannter Mann in der Gifschiner Straße, dicht am Halleischen Tor, in den Landwehrkanal. Sofort angestellte Rettungsversuche blieben ohne Erfolg. Auch der herbeigerufene Reichswasserschutz suchte die Stelle vergeblich ab. Eine tausendköpfige Menschenmenge umlagerte beide Kanalböschungen.

Ueberfall im Vorortzug?

Ein geheimnisvoller Vorfall beschäftigt zurzeit die Berliner Kriminalpolizei. In einem vom Lehrter Bahnhof nach Grünwald fahrenden Zug wurde heute früh kurz nach 7 Uhr von zugehörigen Fahrgästen in einem Abteil 2. Klasse eine Frau bewußtlos aufgefunden. Sofort angestellte Wiederbelebungversuche blieben zunächst ohne Erfolg. Die Bewußtlose, eine Frau Dora K. aus der Voigtstr. 22 zu Berlin, wurde mit dem nächsten Zuge nach Berlin zurückgebracht, wo es dem Bahnarzt des Lehrter Bahnhofs erst nach einer vollen Stunde gelang, sie ins Leben zurückzurufen. Bei der Vernehmung gab sie an, daß in dem Abteil ihr gegenüber ein jüngerer Mann mit schwarzem Bart gefesselt hatte, der sie vermutlich betäubte.

Ein falscher Samariter.

In der Bierbischstraße zu Steglitz wurde ein Arbeiter morgens gegen 6 Uhr von einem Kraftwagen angefahren. Der Chauffeur fuhr davon, ohne sich um den Angefahrenen zu kümmern. Während der Mann bestunntungslos dalag, kamen mehrere Leute dazu, die sich um ihn bemühten. Einer von diesen, der auch herangekommen war, um scheinbar Hilfe zu leisten, fuhr plötzlich mit einem Rade davon. Als der Angefahrene wieder zu sich kam, wurde festgestellt, daß der „Samariter“ ihm sein Rad gestohlen hatte. Der Dieb ist noch nicht ermittelt. Mitteilungen an die Kriminalpolizei des Polizeiamts Steglitz.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, und „Der Kinderfreund“ liegen der heutigen Postausgabe bei.

Nacke und Hund in der Menschensee oder die zwei Grundtriebe des Lebens. In diesem Thema spricht Professor Dr. Th. Leisinger-Hannover am Freitag, den 10. Dezember, abends 8 Uhr, im Bürgeraal des Rathauses, Spandauer Straße. Eintritt 1 M.

Die Reifelektionenvereinigung Spandau und Umgebung veranstaltet am 11. und 12. d. M. in den Hohenzollern-Reihallen, Charlottenburg, Berliner Str. 105, eine Schau von seltenen Reifelektionen. Das Direktorat hat der Bürgermeister von Charlottenburg, Herr Augustin, übernommen. Beginn der Eröffnung 5 Uhr.

Schweres Bergwerksunglück in Amerika.

Princeton (Indiana), 10. Dezember. Auf der Francisco-Grube im Südwesten des Staates Indiana ereignete sich eine Schlogwetterkatastrophe. Von den in der Grube eingeschlossenen 69 Bergleuten sind bisher nur 30 geborgen worden. Unter den Bereiteten befanden sich viele Schwerverletzte. Die Explosion ereignete sich kurze Zeit nach dem Einfahren der Morgenlicht.

Unsere 21 Schaukasten zeigen praktische und preiswerte Festgeschenke.

Table listing 21 items for sale with prices: Oberhemden (6.75), Unterhemden (4.-), Schlafrock (43.-), Schlüpfers (22.-), Oberhemden farbig (6.75), Unter-Garnitur (3.95), Haus-Anzug (36.-), Kieler Anzüge (27.-), Krawatten (1.50), Nachthemden (5.95), Beinkleider (9.-), Eislaufjoppen (27.-), Hosenträger (1.50), Schlaf-Anzüge (7.50), Frack-Westen (6.50), Rodel-Garnitur (18.-), Herren-Socken (1.25), Hausjoppen (19.-), Jgl.-Windjacken (8.50), Schwedenmütz (13.-), Unterbeinkleider (2.75), Hausjoppen (24.-), Schlupf-Anzüge (10.-), Pelzkragen (15.-)

Jedes Creditsystem verteuert erheblich die Ware. Unser Verkauf nur gegen bar gewährleistet allerbilligste Preise

Leineweber

Berlin C. Kölnischer Platz 4-6 Sonntag, den 12. und Sonntag, den 19. Dezember von 2-6 Uhr geöffnet

Witzliche Geschenke für den Weihnachtstisch!

Tomlory, 12. Dazumbar
von 2-6 Uhr geöffnet

Wollstoffe

Pulloverstoffe
in enormer Ausw., 1.25 1.45
reine Wolle, in groß. Farben
schönemot . . . 3.90 4.85

Crêpe u. Popeline 2.65
ramagè . . . m 4.95 3.85

Rips-Popeline
ca. 150 cm breit, erprobte
Qualität . . . 3.90 4.95

Eolienne Wolle m. Seide
in allen mod. Farben 4.85

Strümpfe

Kinder-Strümpfe
Wolle, plattiert, mit Strick
Gr 6-12 1.35, 3-7 1.25, 1-4

Damen-Strümpfe
Kaschmir Wolle, plattiert,
gute Qualitäten, Doppelfarbe,
schwarz und alle Farben . . . 1.95

Damen-Strümpfe
Kaschmir, reine Wolle, Doppelfar-
be, also modernen Farben
und schwarz, gute Qualitäten

Damen-Strümpfe
Wolle mit Seide, gute Qualitäten

Damen-Strümpfe
Seidenfäden, hübsche St. allen-
fachen 1.75

Wollstoffe

Damassé Baumwolle
mit Kunst-
seide . . . 2.25

Atlas-Streifen
für Wäsche, hervorragende
Qualität, 140 cm breit . . . 4.80

Crêpe de Chine
elegante Ware, große Farben-
auswahl, ca. 95 cm breit 6.25

Lindener Cöper
in mod. Farben
70 cm breit . . . 5.90

Velvet das neueste
Gewebe
Wolle m. Seide, ca. 100 cm br.

Wollstoffe

Trägerhemden
mit breiter Stückerel . . . 1.70

Garnitur Hand und
Beinkleid,
mit Stückerel-Garnierung 6.50

Nachthemd halstief,
m. reich.
Stückerel-Garnierung . . . 2.95

Prinzebrock Träger-
form,
mit reich. Stückerel-Garnier. 6.75

Nachtjacke Barchem,
mit Um-
legkrag u. Laagottenzuss 2.85

Wollstoffe

Normal-Hemden
wollgemischt, Doppelte Brust
2.75 3.10

Normal-Hosen
wollgemischt . . . 2.40 2.75

Herren-Hosen
m. angeraut. Futter 2.80 2.10

Damen-Schlüpfer
mit angerautem Futter 2.90

Damen-Schlüpfer
Kunstseide, plattiert, m. anger.
Futter, 2 Größen, durchweg 3.25

Stiefel

Kamelhaarschuh
L. Damen, m. Fils- u. Leder. 1.95

Pelzschuh elegant
neues Modell . . . 10.90

Schneestiefel
echte schwedische, Marke
PRE Form . . . 11.75

Brokat-Schuh
Silber, elegant, mit tranats
Absatz . . . 3.90

Lack-Halbschuh
für Herren, mit schwarz.
Nuback-Eins., Goodyear ged. 12.50

Wollstoffe

Mantel aus mulligen
Winterstoffen,
jugendl. Form mit Pelzkrag.
Farben . . . 14.75

Kleid aus reiner Popelin-
Stoffen, in sparter
Verarbeitung . . . 11.90

Morgenrock aus
Plauschstoffen in vielen Farben
3.95

Pullover-Bluse
hochgeschlossen, aus ge-
musterter Velourstoffen . . . 2.95

Tanzkleid leichte
Stilform
in sparten Lichtfarben . . . 10.75

Leinwandwaren, Gafjantle

Klassiker in Ganzlei-
nenbinden,
weiß, holztr. Papier, Jed. Band 1.95

Balzac Romane
elegante Geschenkbände, 27
verschiedene. Jeder Band . . . 1.25

Ullstein Jugend-
schriften, eleg. geb. Jed. Band
50.4

Carl May's Reiseräh-
lungen,
elegant gebunden. Jeder Band
3.25

Füllfederhalter
mit 14 karat. Goldfeder . . . 2.45

Rauch-Garnitur
4 Teile, gehämmert . . . 1.95

Wollstoffe

Winter-Ulster
Zrhg. schw. Quail in prakt.
Farben . . . 39.00

Gehrock-Paletots
u. Pal., Zrhg. schwarz u. ma-
rengo, ged. Ausfüh. 65.00

Winterjoppen
Zrehtig u. Spotform, schw.
Stoffe, warm gefüt. 18.50

Hausjoppen mit
eleg. Agraffen, moll. Stoffe
in schönen Farben 20.00

Hosen in viel. Streif., ge-
legene Stoffe 7.50

Briefpapier in
Kassetten
Inhalt 25 Bogen u. 25 Um-
schläge mit Seidenlutter . . . 50.4

Kaffee-Service
4 Teile, Messing vernickelt
und vergoldet . . . 9.75

Schlafzimmer-
bilder ca. 60x120 cm,
schöner Goldr. 19.50

Reisetaschen mit
spannbügel, Vollrindled., mit
gut. Futter u. vernick. Bügel

Wecker-Uhren
gutgehend . . . 2.45

Wollstoffe

Zephirhemd 7.90
in modernen Karos 10.75

Trikolinhemd 12.50
prima Qualität in mode
und hellkariert . . . 14.50

Selbstbinder 75.4
sparte Muster in großer
Auswahl . . . 1.45 55

Selbstbinder 1.90
reine Seide . . . 3.50 2.90

**Hosenträger (Gar-
tor)** 2.25
mit Sockenhalter, im Karton
3.50 2.90

Damenschirm 4.90
mit schönen Griffen . . . 12

Damenschirm 7.50
Halbseide mit breiter Ripskante
schwarz und braun . . . 8.90

Kinderschirme
in allen Preislagen und Ausführungen

Wirtshaftsartikel

Brotkasten lackiert,
schöne
Decore, 1a Qualität, 2 kg . . . 2.75

Wandmühle in Quali-
tät, ge-
schmiedetes Mahlwerk . . . 3.45

Baumständer 1.25 98.4

Satz Gasplatten 9.00
mit Tür und Erhitzer

Mülleimer emailliert,
gute Quali-
tät, mit Schluß . . . 2.60

Robhaarbesen 3.70
groß, prima Qualität

Honigkuchen
feine Qualität 1/4 Pfd. 1/2 Pfd.

Spitzkuchen . . . 30.4 55.4

Weißes Nüsse . . . 20.4 35.4

Gefüllte Würfel . . . 35.4 62.4

Schokoladen-Herzen- u. Zungen
6 Stck. 25.4

Im 4. Stock
Kaufmanns-
Bücherei
Kaufmanns-
Bücherei

Im 2. Stock **Große Ausstellung**
Bücher und Jugendschriften

Christbaumschmuck
in großer Auswahl, enorm billig!

J. Joseph & Co. Neukölln

Becliner Str. 51-55

Qualitätswaren zu kleinen Preisen!

Steppdecken
Unsere bekanntesten Spezial-
qualitäten, in Seide, starkd.!

Einlage: seidenen Vorrat.

14- 17.50 23- 28-

Billige Divanddecken

Kochtbl. bedr. 8- 10- 12-
Feststoffgew. 8- 11- 12-
Gobelingew. 10- 14- 18-
Gobelingew. 20- 24- 32-
Mehrer Würfeldecken
29.50 30- 40-
Felldecken 29.50 39- 46-
Woll-Handtücher 48- 55- 80-
Ideal- . . . seidenen 65-

Billige Tischdecken

Kochplatten 7- 9- 11-
Feststoffgew. 7- 9- 11-
Kochplatten 7- 13- 16-
Gobelingew. 8- 10- 13-
Möbeld. . . 16- 18- 21-
Ideal- . . . seidenen 47-

Nordisch-Decken
Kunstseide, eleg. m. Franzen bestet
7.50 8.50 12-
Kochplatten, bedruckt und bestet
2.50 3- 5-
Nordisches Tisch-Garnitur
3- 3.60 5.50

Etamine, per Meter 35 Pfg.

Wand-Gobclins
ca. 50 verschiedene Bilder
5.25 8- 12- 17-

Wachslichte
nur 1a Ware, 100 cm breit 2.00

**Sächsisches Gardinen-
und Einrichtungs-Haus**
Neukölln, zur Hermannstr. 32

Filiale: Eberwalde, Filiale: Nowawes,
Eisenbahnstr. 99, Priesterstr. 97

Küchen
jetzt bedeutend billiger

Erle-Küchen	mit	emalliert
keramische Küch. mit	40 K.	70 K.
keramische Küch. mit	70 K.	110 K.
keramische Küch. mit	95 K.	145 K.
keramische Küch. mit	125 K.	175 K.
Küchensätze, mit, 90 cm		35 K.
emalliert		50 K.

Ausstellung feiner Rheinischer Küchen.
Küchenmöbel-Haus
Laserstein, Luckauer Straße 1
Ecke Oranienstr., nahe Moritzplatz

Kinderland 1927
Preis 1,25 Reichsmark

Zu haben
in allen Vorwärts-
abgabestellen, in der Buch-
handlung J. S. W. Dieß
und in der
Vorwärts-Buchdruckerei, S.W.
Lindenstraße 3

Billige Weihnachtsgeschenke
Korbessel v. 6.50 an
Peddligisch v. 7.50 an

Große Auswahl
in allen Korbbwaren,
sowie Puppenwagen,
Nähtische u. Holz-
möbel für Kinder.
Teilzahlung gestattet.

Korbmöbel von
Neukölln, Berliner Str. 14 (Nähe Her-
mannplatz). — Tel.: Neukölln 2264.

Weihnachtsgeschenke
in
Photo-Apparaten • Bedarfsartikeln
gut und preiswert

Photo-Spezialhaus Haller
Kottbuser Damm 98

Fordern Sie sich ausdrücklich
in den Geschäften die neuen
großen 20-Pl.-Roller u. Schellen

**Kapitän-
Kautabak**

echt Kopenhagener Qualität,
Feinstes Geschmack. Jedes
20-Pl.-Stück wird in Papier
verpackt geliefert; nicht
verpackt wiese man als unecht
zurück. Wo nicht erhältlich,
werden Verkaufsstellen mitgeteilt
durch C. Röcker, Berlin NO,
Lichtenberger Str. 22 (Kgst. 3861).

Bei solchen billigen Preisen das rechte Geschenk zu wählen, ist nicht schwer.

Sakko-Anzüge	75.-	60.-	35.-	29.-
Smoking-Anzüge	98.-	85.-	75.-	69.-
Winter-Ulster	75.-	67.-	49.-	37.50
Winter-Paletots	69.-	75.-	48.-	
Hausjacken	38.-	29.-	21.-	16.-
Schlafröcke	48.-	38.-	29.-	27.-
Knaben-Ulster	22.-	18.-	15.-	12.-
Knaben-Anzüge	16.-	11.-	7.-	4.95
Pullover	21.-	16.-	12.50	9.50
Phantasiewesten	11.-	9.-		5.75
Oberhemden	11.50	8.50	5.00	3.95
Krawatten (reine Seide)	3.75	2.75	1.75	1.45
Schals (aller Art)	8.-	5.75	2.95	1.75
Garnituren (Hemd u. Hose)	9.50	7.50	6.50	4.75
Socken	2.25	1.25	75	58 Pf.
Nappa-Handschuhe	8.50	7.50		5.90
				6.50

Anträge auf Kreditgewährung
werden entgegen genommen.

Gottlieb Weiss
SCHÖNEBERG-Hauptstr. 161

Krause-Pianos
zur Miete
W20, Ansbacherstr. 1

Schützt Eure Bücher!

Hochschrank in Eiche
Mk. 39.00

1.50 m hoch, 0.70 breit,
u. hell, braun oder
schwarz, Klapp-erhöht,
am Lager. Bestand
nach außerhalb.

E. Meckelburg,
Vorwärts-Spedition
Berlin-Treptow,
Gröbstraße 50,
Tel. Horigelstr. 8048
Geöffnet von 7-7 Uhr

Auf Teilzahlung
können Sie Ihren
Weihnachtsbedarf
zu labelhaft billigen Preisen
bei mir eindecken. Bei ganz kleiner An-
zahlung und geringer Ratenzahlung kaufen
Sie bei mir

**Bett-, Leib- u. Tischwäsche, Trikotasen,
Stepp-, Tisch- und Diwanddecken,
Gardinen, Stores, Teppiche, Läufer,
Bettvorleger, Inlette, Federn, Herren-
garderobe, Wohnungseinrichtungen.**

Einzelmöbel

Besonders große Auswahl
in Strickwesten und Pullovern
Meine Zahlungserleichterungen
sind stadtbekannt!

Eilen Sie heute noch zu
M. Nagoschiner
Neukölln, Schönstedtsstraße 9
(Nähe Rathaus)

Betten

Deckbetten	12.-	24.-	41.-	55.-
Unterbetten	10.-	18.-	22.-	43.-
Kopfkissen	4.-	7.-	12.-	19.-
Steppdecken	13.-	15.-	18.-	20.-
Dauendecken	45.-	60.-	80.-	95.-
Metallbetten	15.-	18.-	22.-	27.-
Stig. Matr. u. Kelik.	15.-	18.-	24.-	28.-

Bettenhaus A. Schonert
Oranienstraße 12 — Eckhaus Heinrichplatz

Möbelsuchenden
bietet sich eine ganz besonders günstige
Gelegenheit, Einzelmöbel wie auch ganze
Wohnungseinrichtungen in besten Quali-
täten und niedrigsten Preisen zu den
denkbar leichtesten Zahlungsbedin-
gungen zu erwerben. Man wende
sich vertrauensvoll an Postamt N. 54,
Postfach 33.

Illustr. sozialdemokratischer
Wörterbälender 1927

Preis 2,- Reichsmark

Zu haben
in allen Vorwärts-
abgabestellen, in der Buch-
handl. J. S. W. Dieß
und in der
Vorwärts-Buchdruckerei, S.W.
Lindenstraße 3

Winter-Stiefel
zuverlässig, unverwundlich nur bei
K. Bähr
Berlin, Spittelmarkt 7, vor der Brücke